

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dienstzeit: Tageblatt Riesa.

Heftz. Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht und der
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Dienstzeit: Dienstag 1500
Dienstag, Riesa Nr. 20

J. 20.

Donnerstag, 24. Januar 1924, abends.

22. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Überzahlung, für die Zeit vom 12.—31. Januar 1924 2.20 M. einschließlich des Ausgaben von Produktionsleistungen, Schöpfungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preissteigerung und Nachforderung vor. Anzeigen bis 80 mm breit, 8 mm hohe Gründchrift, Zelle (8 Silben) 22 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Plattenpreise 100 Gold-Pfennige; zulässiger und tollbarer Preis 50%, Aufschlag. Keine Tafeln. Verzögter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingesogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtige Unterhaltungsbeiträge fehlen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Dr. Schachts Erfolg in Paris.

Paris. Der Beschluss des ersten Sachverständigenausschusses über die Nutzbarkeit der Gründung einer deutschen Goldnotenbank wird hier als großer persönlicher Erfolg des Reichsbankpräsidenten betrachtet. Das Interesse für diesen Plan ist auch in französischen Kreisen groß. Vor dem zweiten Ausschuss hat der Reichsbankpräsident dargelegt, dass die Feststellung der deutschen Kapitalien im Auslande mit großen Schwierigkeiten verbunden wäre. Die Darlegungen Dr. Schachts ließen darauf hinaus, dass es nur ein Mittel zur Helmung der deutschen Kapitalien gäbe, nämlich die Sanierung der deutschen Finanzen.

Das Problem der deutschen Auslandsanlagen vor dem Sachverständigenausschuss.

Paris. Die Reparationskommission gibt folgendes Kommunikat aus: Der Sachverständigenausschuss zur Prüfung der deutschen Auslandsanlagen hat eine erste vorläufige Untersuchung der ihm unterbreiteten Probleme vorgenommen. Es hat Herrn Dr. Schacht und Herrn Bergmann in der Frage der allgemeinen Bedingungen gehörte, unter denen es dem Ausschuss möglich sein wird, praktische Untersuchungen in Deutschland anzustellen. Der Ausschuss wird sich am kommenden Dienstag versammeln. Das Sekretariat des Ausschusses, das in Paris bleibt, wird in der Zwischenzeit eine bedeutende Menge von statistischen Mitteilungen sammeln, die der Ausschuss zur Fortführung seiner Arbeiten für notwendig hält.

Das Arbeitsdienstes des ersten Sachverständigenausschusses.

Paris. In diplomatischen Kreisen ist man der Ansicht, dass die Arbeiten des ersten Sachverständigenausschusses bereits gegen den 20. Februar zum Abschluss gelangen werden, wenn wie bisher, Tag für Tag Sitzungen am Vort- und Nachmittag abzuholen werden. In Berlin wird sich der Ausschuss vom 30. Januar bis ungefähr 15. Februar aufhalten und nach der Regelung der Banfrage mit der Prüfung des deutschen Staatshausholtes beginnen. Wie jetzt bestätigt wird, hat Dr. Schacht im Laufe der Sitzung vor allem die Notwendigkeit einer internationalen Anleihe geltend gemacht und den Standpunkt vertreten, dass in erster Linie mit dem Erreichen einer solchen Anleihe und im übrigen mit Hilfe deutscher Kapitals zur Gründung der neuen Goldnotenbank (mit einer Milliarde Goldmark Einzahlung) geschritten werden müsse.

Die Reise der Sachverständigen nach Berlin.

Paris. Das Sachverständigenkomitee (Finance und Währung) reist voransichtlich am Montag nach Berlin ab.

Die Streitigkeiten in der englischen Kölner Zone.

London. Die Blätter messen dem Konflikt zwischen den französisch-belgischen Regie und den Kölner englischen Eisenbahnbüroden große Bedeutung bei. Nach der "Daily News" bezweifeln die französischen Zwangsmassnahmen, die Stellung der Briten unhalbar zu machen. — Im Grunde genommen seien sie jedoch als ein ungeheure Schnitter zu bedenken, denn Vergeltungsmaßnahmen dieser Art könnten den englischen Standpunkt betreffend die Ausrufung und die Separatenfrage beeinflussen. Das Blatt bringt dann einen Artikel des Generalmajors Maurice an demselben Thema. Maurice sucht insbesondere die Unschärfe der französisch-belgischen Regie nachzuweisen. Seiner Ansicht nach seien diese nur der Grund für den Frankensturz. Frankreich habe aus dem Ausgriff gar keinen Nutzen gezogen und durch die Besetzung umgeliefert 18 Millionen Tonnen Kohlen verloren. Der Generalmajor erachtet, dass man einer Abwehr, die keinen legalen Charakter besitzt, unmöglich die Eisenbahn überlassen dürfe. Zum Schluss betont der Generalmajor, dass England energisch gegen die französischen Übergriffe protestieren müsse.

Ein Kommuniqué der französischen Regierung.

Paris. Das französische Arbeitsministerium veröffentlicht betreffend den Eisenbahnverlust durch die Kölner Zone ein Kommuniqué, in dem ausführlich der Standpunkt der französisch-belgischen Regierung dargelegt wird. In dem Kommuniqué heißt es unter anderem: Bekanntlich hat die französisch-belgische Regie seit dem allgemeinen Eisenbahntreif, der von der deutschen Verwaltung zu Beginn 1923 für das linke Rheinufer angeordnet wurde, die Ausdeutung der französisch und belgischen Zone unter Ausschluss der englischen Zone übernommen. Die Regie hat den Verkehr zwischen Köln und der belgischen Grenze stets in entsprechendem Umfang aufrecht erhalten. Dagegen haben die Verkehrswege zwischen der Stadt und der französisch-belgischen Zone durch den eingeschränkten Verkehr in der englischen Zone erheblich zu leiden gehabt. Die allgemeine Wiederaufnahme zwischen dem gegenwärtigen Regie und den Linien der Kölner Zone kann nur durch eine allgemeine Lösung, wenn möglich auf Grund der englischen Vorschläge vom Dezember erfolgen. Es ist zu wünschen, dass eine solche Lösung erfolgt und damit die Möglichkeit gegeben ist, sowohl auf die wirtschaftlichen Interessen des Kölner Gebietes, sowie auf die Dienste und nötigen Sicherungen unserer Verkehrswege Rücksicht zu nehmen.

Die Regierung Macdonald im Amt.

London. Die erste Arbeitserregierung in der Geschichte Englands ist nunmehr auch formell in ihr Amt eingeführt worden. Am frühen Vormittag sind begonnen sich die Minister des Kabinetts Baldwin in Audienz zum König, dem sie die Siegel und die Urkunden ihrer Amtswirke zur Verfüzung hielten. Darauf empfing der König, dem auch der Prinz von Wales weilt, die Minister des neuen Kabinetts, die er vereidigte und denen er Siegel und Urkunden aushändigte. Eine unübersehbare Menschenmenge hatte sich vor den Eingängen des Buckinghampalastes versammelt, um Zeugen dieses historischen Ereignisses zu sein. Am Nachmittag hielt das neue Kabinett in der Downingstreet, dem Amtssitz des englischen Ministerpräsidenten, seine erste Sitzung ab, an der unter Macdonalds Vorstand 10 Mitglieder teilnahmen. Am Laufe des Tages befand Macdonald auch das Amtliche Amt, um dort seine Obliegenheiten als Außenminister offiziell zu übernehmen.

Weitere Mitarbeiter Macdonalds.

London. Das Kabinett Ramsay Macdonald wird zahlreiche Mitarbeiter zählen. Der Premierminister beschäftigt eine Reihe von Untersekretären mit besonderen Aufgaben zu beaufsichtigen. Ramsay Macdonald macht über die Besetzung verschiedener Unterstaatssekretariate folgende Annahmen: Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes: Morgan Lewis, Kriegsministerium: Major Attlee, Innernministerium: Davies, Finanzministerium: Major Asquith, Unterstaatssekretär des Kriegsministeriums: Major Lawton, Unterstaatssekretär der Kriegsministerium: Major H. G. Smith. Der "Daily Mail" zufolge wird Harold Hartung zum Kronwunkt und Sir Charles zum Generalstaatsanwalt ernannt werden. Drei der neu ernannten Minister, Sir Sidney Olivier, General Thomas und Henderson müssen sich um einen Abordnetenamt bewerben. Henderson wurde formallich bei den letzten Wahlen geschlagen.

Ein konservatives Mißtrauensvotum gegen Macdonald.

London. Eine Gruppe der konservativen Partei beschließt, kurz nach Wiedereröffnung des Parlaments folgendes Mißtrauensvotum gegen Macdonald einzubringen: Das Haus hat an einer Resolution, die nicht einmal den dritten Teil der englischen Wähler darstellt, kein Vertrauen, weil sie außerdem theoretisch und praktisch auf den Sozialismus eingeschworen und daher außer Stande ist, die Verwaltung des Landes entsprechend den Wünschen der großen Mehrheit seiner Bürger durchzuführen. Die konservative Gruppe, die die vorstehende Resolution einzubringen gedenkt, steht unter der Führung des Abgeordneten Ingolds Wood.

Hilfes. Spehers an die zivilierte Welt.

Von der Gewerkschaft Spopers ist durch Ankündigung an die Welt folgender Hilfes. Spehers erkannt: Gefangene, deren Vergehen darin besteht, dass sie die Regierung der autonomen Pole nicht als rechtswürdige Behörde anerkennen, werden zur Strafe im Regierungshaus zu Spener von den Separatisten grausam mishandelt. Ihre Auswirkungen dringen durch die Männer auf die Straße. Selbst Frauen bleiben nicht verschont vor grausamer Peinigung. Ihr Klagen und Wimmern dringt an unser Ohr und Herz. Wir alle hören die Laute der Qual und Pein Tag und Nacht. Wir rufen hinaus in alle Welt: Erbarmt euch der schamlosen Peinigungen, die euren Misshandel, die leiden um der Freiheit willen an ihrer Heimat!

Protest gegen die Schließung der Banken. Die berühmten Vertreter der 80 000 Katholiken der Stadt ihrer katholischen Kirchen und Pfarrer sowie katholischer Vereine haben beim Deutschen Reichstag gegen die rechtsrheinische Besetzung und Schließung der Zweigstelle der Neuen Pfälzischen Landeszeitung, in der das Katholische Archivblatt und die katholische Arbeitzeitung gedruckt werden, katholischen Protests eingesetzt und verlautet, dass den Katholiken das volle freie Verfügungsberecht über ihr Eigentum wieder zurückgegeben werde.

Wie General de Meix die Separatisten schlägt. General de Meix erklärte unlängst Vertretern der pfälzischen Städte, die bei ihm Verhandlung gegen die Vergewaltigung durch die Separatisten eingeladen, wenn sie mit der neuen Regierung nicht einverstanden seien, so sei das höchst unerordentlich. Auch in Frankreich gebe es verschiedene Parteien, die einen freien Republikaner, die anderen Monarchen; so sei es auch hier, und die Männer der neuen Regierung seien Freunde der Republik und des Sozialismus. Analog eines Empanges ausländischer Journalisten, die zurzeit die Pfalz bereisen, durch General de Meix wurde diesem von einem der Journalisten die Frage vorgetragen, wie es komme, dass die separatistischen Banden mit Waffen im Lande immer wieder därfsten, während die mit der Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung betrauten verfassungsmäßigen Beamten entwaffnet seien. General de Meix antwortete darauf: „Das ist separatistische Banden nennen, ist die ordentliche Polizei der neuen Regierung, die wir seines anerkennen.“

Um die dritte Steuernotverordnung.

In der gestrigen Kabinettssitzung, in der Finanzminister Dr. Luther über die dritte Steuernotverordnung Bericht erstattete, sind irgendwelche Weisungen noch nicht gegeben worden. Die Beratung wird am Freitag nachmittag fortgesetzt werden. Vorher können über den Inhalt der Verordnung keine näheren Mitteilungen gemacht werden, da die Gestaltung der Verordnung von dieser Beratung abhängt. Vorläufig kann nur gesagt werden, dass es sich um eine allgemeine Auslastungsschranke handelt.

Der Rücktritt des Reichspräsidenten

fordert eine Erklärung, die der erweiterte Vorstand des Bundesverbundes Berlin der deutsch-nationalen Volkspartei beschlossen hat. Es heißt darin u. a.: „Der erweiterte Vorstand unterstützt die Forderung nach sofortiger Auflösung des Reichstages, der in keiner Weise mehr der Stimme des Volkes entspricht und verlangt die Nominierung des Scheinkönigs einer innerlich schwachen Regierung, deren Erlass durch einen nationalen Diktator oder einen nationalen Regierungsausschuss, und den Rücktritt eines Präsidenten, der sein Amt immer noch ohne die verfassungsmäßige Wahl ausübt.“

Der Meinungsaustausch über die deutsche Note vom 9. Januar.

Paris. Die Botschafter haben sich gestern vormittag am Quai d'Orsay versammelt und sind in einen Meinungsaustausch über die deutsche Note vom 9. Januar beteiligt die Wiederannahme der Militärikontrollen eingetreten. Im Übrigen wurden laufende Geschäfte erledigt. Ein Kommmuniqué ist nicht veröffentlicht worden, ebenso wurden Beschlüsse nicht gefasst.

Der Sparauschuss zum Beamtenabbau.

Der Sparauschuss des Reichstages behandelt gestern den Abbau beim Personal des Reichsgerichts, des Ausdehnungsamts und des Arbeitsministeriums. Im Hinblick auf die überaus schwierige finanzielle Lage des Reiches erklärte der Ausschuss über den Abbau im Geschäftsbereich des Arbeitsministeriums als nicht genügend. Der Ausschuss ist sie veranlasst, dass Angestellte der Reichsregierung drauf zu kommen, dass bei der Nachprüfung des bisherigen Maßnahmen der einzelnen Behörden und Kämter der Eindruck entstehen möge, dass manche Behörden ihren Abbau schematisch auf die Errichtung der vorgeschriebenen Mindestbezugszahlen abgestellt haben. Der Ausschuss müsse mit aller Energie darauf dringen, dass der Abbau nach den durch organisierte Gewerkschaften angebotenen Möglichkeiten und sonst in ihrem vollen Ausmaß und nicht nach Mindestbezugsziffern durchgeführt werde. Heute wird sich der Ausschuss u. a. mit dem Abbau beim Auswärtigen Amt beschäftigen.

Die Beamten und die Abbauverordnung.

Wie die „Erwerbskombination“ erfasst, haben sämtliche Gewerkschaften der Beamten dem Reichskanzler eine Eingabe überreicht, in der auf die häufig wachsende Erzeugung hingewiesen wird, die durch die Personalausbauverordnung in die Bedeutungswertschichten hineingetragen worden sei. Die Verordnung enthält unnötige und fälschlich ungerechte Sanktionen. In der Eingabe werden u. a. folgende Vorschläge zu der Verordnung gemacht: 1. Der Erfolg der im Artikel 28 der Personalausbauverordnung vorgesehenen Ausführungsbestimmungen ist mit größter Beilehrung zuwiderrichtet. 2. Die Schaffung eines unabkömmligen und neutralen Schiedssystems ist mit größter Beilehrung einzuführen. 3. Es ist die geplante Durchführungsmaßnahme zu treffen, dass jede Änderung der Beamtenzählung ohne irgendwelche Einschränkung auch auf die betroffenen Beamten Anwendung findet. 4. Die im Artikel 10, Paragraph 8 vorgesehene Wiederverwendung abgebauter Beamten muss als eine unverdiente Herabsetzung der Belegschaft angesehen werden. 5. Die im Artikel 14 vorgesehene Art der Beleidigung der Leibesfräglichen Anstellung und des ehemaligen Ruhestandes bedeutet eine umfangreiche Verbesserung des Beamtenbetriebs und ist durch eine andere Bestimmung der Verordnung aufzuheben. 7. Die in Artikel 22 Paragraph 5 vorgesehene Verkürzung der Wiederverwendung abgebauter Beamten muss als eine unverdiente Herabsetzung der Belegschaft aufgehoben werden. 8. Die in Artikel 22 Ziffer 5 festgestellte Dauer der Abbaumöglichkeit bis 31. März 1927 ist fälschlich und verwaltungstechnisch nicht begründet. Die Beamtenorganisationen halten eine Begrenzung der Verordnung bis zum 31. März 1925 für möglich und notwendig. Zum Schluss wird in der Eingabe darauf hingewiesen, dass die Beamtenorganisationen nach wie vor bereit sind, die Regierung bei der lokalen Durchführung der Verordnung zu unterstützen.

An unsere Postbezieher!

Bestellen Sie noch heute für Monat Februar das „Riesaer Tageblatt“. Für alle nach dem 25. eines Monats eingehenden Zeitungsbestellungen berechnet die Post eine Sondergebühr von

20 Goldpfennig.

Berlino und Sächsisch.

Niea, den 24. Januar 1924.

* Helft den armen Schülern! Dadurch, das einige bessere Firmen im Dezember 20 Rentner Weisenmehr hielten, war es möglich, in der Stadt Niea bis jetzt täglich 600 Schüler, die infolge der Not ohne Frühstück in die Schule gehen mussten, je ein Brötchen als Frühstück zu verabreichen. Der Mehlpott nicht geht zu Ende. Die Speisung der Schulkinder möchte aber keinesfalls eingekettet werden, um die Unterernährung unter den unzureichenden Jungen fest zu halten, nicht noch größere Ausdehnung anzunehmen zu lassen. Hoffentlich finden sich edle Spender, die bereit sind, das bewonnene Werk fortzuführen und Mehl oder Geld zum Ankauf von Mehl zu geben. Spenden werden an das Wohlfahrtsamt der Stadt Niea erbeten.

* Eissgang auf der Elbe. Am Mittwochmorgen lebte sich bei Schön-herndreischen das Eis der Elbe in Bewegung und kam auf einer größeren Strecke des Oberlaufs zum Abschwimmen. Mittags erreichte das Treibis bei einem Wasserstand von 100 Zentimeter über Null die Dresdner Brücken und am Abend nach der Riesaer Strecke. Der Elbstrom war in seiner ganzen Breite dicht mit Eisschollen besetzt. Unthalb Torgau haben sich die Eismassen der dort feststehenden Eisfläche vorzeichnen, sodass damit rechnet werden kann, dass voraussichtlich morgen auch in Riesa der Eissgang zum Stehen kommt. Die Temperatur ist in den letzten Tagen wiederum erheblich zurückgegangen. In vergangener Nacht wurden 11 Grad Celsius Kälte erreicht. Heute mittag stand das Thermometer auf 4 Grad Celsius und unter Null. Der Wasserstand der Elbe, jetzt und später hat sich bisher nur geringfügig erhöht, während die Moldau auf über drei Meter über Nullpunkt angeklettert ist.

* Wenn gebören die Schnürsteckeln? Welchem kleinen Einwohner lud von einem jungen Manne, der ihm milde Gaben ansprochen hat, ein Paar Schnürsteckeln gestohlen worden? Der Diebstahl soll am 19. 1. 1924 in einer Wohnung stattgefunden haben, die im dritten Stockwerke gelegen ist. Sachdienliche Angaben werden baldigst an den bessigen Kriminalposten erbeten.

* Wegen Schleichhandel bzw. Preistreit. Seel usw. sind bestraft worden: a) der Händler Max Richard Höhle in Niederebersbach mit 20 Millionen Mark Geldstrafe oder zwei Wochen Gefängnis, b) die Händlerin Eva Selma Reichel in Koblenz mit 2 Millionen Mark Geldstrafe und drei Tagen Gefängnis. Bei letzterer ist die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 75 Goldmark umgewandelt worden.

* Offizielle Protestsversammlung. Die für gestern nachmittag vom Verein für Handel und Gewerbe e. V. einberufene öffentliche Versammlung hatte sich guten Besuch zu erfreuen. Sie wurde vom Vorsitzenden des Vereins, Herrn Kaufmann Kurt Heinrich, geleitet. Als Referent war Herr Landtagsabg. Schmidt-Vaues, Vorstandes des Landesausschusses für Kleinhandel, gewonnen worden, der in seinem sehr heftig aufzutretenden Vortrag das Thema „Die überhandnende Beleidigung und Verfolgung unserer sozialen Interessen der Industrie“ behandelte. Die gegenwärtige Krise, die den Kleinhandel und das Gewerbe in so hohem Maße bedrückt, zu beobachten, dürfe, so führte Redner aus, die Industrie nicht untätig ansehen, man müsse verlangen, dass seitens der Industrie mehr Rücksicht geübt werde. Während es dem Kleinhandel in der Zeit des rapiden Geldschwunds fast unmöglich war, Waren einzuführen, seien Erzeuger und Großhandel schon lange zur Goldwährung übergegangen und hätten dadurch den Kleinhandel und Gewerbe infolge Mangels an Zahlungsmitteln ungewisse Schwierigkeiten bereitet. Man sei also bald dazu übergegangen, Rohstoffe auszugeben, die man notgedrungen habe annehmen müssen. Die Industrie habe mit diesem Notstand eine Menge Geld verdient, während Handel und Gewerbe durch die hohen Einstellungsbezüge der Banken für auswärtige Rohstoffe nicht unbedeckt hätten erhalten müssen. Dieses System habe der Kleinhandel nicht mehr ertragen können. Die Warenbeschaffung sei immer schwieriger geworden, da bei der Zahlung wertbeständige Zahlungsmittel hätten beschafft werden sollen. Die Rentenmark sei lange nicht zur Einführung gekommen und die Lieferungszeit sei die schwierigste Zeit für Handel und Gewerbe gewesen. Viele Projekte, die infolge Zahlungsmöglichkeiten abhängig gemacht worden seien, somit eben und ganz drakonische Strafen seien bereits verbürgt worden. Nur wenige Beträger seien in der Lage gewesen, wertbeständige Zahlungsmittel zu beschaffen; wer keine brachte, habe weniger Ware bekommen. Die Industrie sei bemüht gewesen, ihre Preise zweckentsprechend anzuheben, sie habe ihre bisher zurückhaltenden Preise dazu verwendet, für ihre Arbeiter und Angestellten Lebensmittel zu beschaffen. Man habe zwar seinerzeit verfügt, dass diese Einrichtungen keine dauernden sein sollen, heute aber erstrebe die Industrie immer mehr, sich zu einer Organisation für Belegschaftsversorgung auszubreiten. Ein Hand von mehreren Beispielen schilderte Redner, wie viele Waren anstelle von Barlösen ausgegeben worden seien; man habe dadurch, da die Waren wieder verkauft werden konnten, dem heimlichen Handel Vorwürfe geleistet. Dadurch, da durch die Belegschaftsversorgung nur einem gewissen Teil der Bevölkerung Lebensmittel zugestellt wurden, sei begreiflicherweise berechtigte Erbitterung und Erregung entstanden. Die Industrie habe die Wicht gebaut, sich mit Handel und Gewerbe zu verständigen, um einen gangbaren Weg zu schaffen. Die Industrie habe vorgegeben, den Preisabbau fordern zu wollen, er sei aber durch die Einführung der Belegschaftsversorgung aufzuhalten worden, denn Angestot und Nachfrage regeln den Wertebetrag. Es sei und bleibt aber auch Tatsache, dass sich die Industrie auf einen Weg begeben habe, der sie bedrohte. Redner bezeichnete es als ein Umding, das unter den obwaltenden Umständen der Lebensmittelhandel auf Friedenspreis gestellt werden könne. Der Kleinhandel habe Opfer über Opfer gebracht; der Lebensmittelkleinhandel könnte nicht aufbauen, wenn der Großhandel und die Industrie verlagern. Es seien aber Schritte bei den Handelskammern unternommen worden, um aufklärend zu wirken. Es sei zwar schwer, einen Krieg vorzuschieben, es dürfe aber nicht verfehlt werden, mit der Industrie zu verhandeln. Auch Kleinhandel und Gewerbe hätten das Recht, ihre Existenzmöglichkeit zu fordern. Die Tatsachen hätten gezeigt, dass die Industrie für den Kleinhandel eine Konkurrenz sei und es könne der Industrie nicht daran gelegen sein, die Existenz des Kleinhandels und Gewerbes zu zerstören. Durch mancherlei aufklärende Beispiele feinmechanische der Vorwiegende die Stellungnahme manch auswärtiger Industrieinternat zum Nachteil des Kleinhandels. Auch von der Abteilung Niea der Linke-Hofmann-Laudhammer A.-G. sei eine Verkaufsstelle für die Belegschaft eingerichtet worden. Die Frage, ob die Notwendigkeit für eine solche Einrichtung in dieser Stadt besteht, müsse er (Redner) verneinen. Die Einrichtung nütze dem Betrieb und der Belegschaft nicht. Man sollte sich mit der Direktion des Werkes ins Vernehmen legen mit dem Hinweise, dass sie weder der Belegschaft noch der Allgemeinheit diene. Schon aus steuerlicher Sicht könne niemandem daran liegen, dass Erwerbsquellen verliegen. — Der Vortragende verlas nunmehr folgende Entschließung, die von der Versammlung einstimmig aufgegeben wurde:

Die heute in Niea, Rast. Elbterrassen, aus Stadt und Bezirk Niea überaus zahlreich versammelten Kleinhandel und Gewerbe,

treibenden protestieren mit aller Stärke und nachdrücklich gegen die neuordnungs überhandnehmende Belegschaftsversorgung seines großen Zahl Industrieller unter Ausbildung von Kleinhandel und Gewerbe. Ohne Maßnahmen auf die für diese Kreise aber auch für die Volkserziehung und Volksverehrung im allgemeinen hinaus sich ergebenden Nachteile werden die seit vielen Jahren aufs Druckerl drangalierten Kleinunternehmenden seitens der Industrien des letzten Restes ihrer Existenzmöglichkeit beraubt. Die Industrie beteiligt sich so unbedeutend und in nicht gerade weitflächiger Weise an der weiteren Ausbildung weiter-Kreise des wirtschaftlichen Mittelstandes und pflichtet in beiderseitigeregelten Weise den Vorortenstellungsprozess und die Versorgung weiter Verbraucherkreise, weil das Vorzeichen der Industrie in hohem Maße gesetzigt ist, die Produktionsfähigkeit von Kleinhandel und Gewerbe zu vermindern und fraglich zu achten, was im volkswirtschaftlichen Interesse besser untersteht. Die Industrie, von der angenommen werden müsste, dass sie in Unzufriedenheit der Entwicklung der wirtschaftlichen wie politischen Verschärfungslinie des lebendigen Mittelstandes Interesse hätte, versteht mit der Belegschaftsversorgung dem wirtschaftlichen Mittelstand einen schweren Schlag, beeinträchtigt ihn in seiner Entwickelbarkeit und hat einen Weg bestreiten, der in seinem Endziel zur Vernichtung weiter mittelständischer Kreise führen, sogar von unübersehbarer Wirkung und Tragweite — nicht zuletzt auch für die Industrie selbst noch sich ziehen muss und in das Gegenteil umgeschlagen wird, von dem was mit dem unter dem Mantel der sozialen Pflege betriebenen Maßnahmen beabsichtigt ist. Durch das Auftreten der Industrie und Häuser auf dem Markt wird durch die so gesteigerte Nachfrage nach Ware die rückläufige Konjunktur zum Schaden der genannten Verbraucher — ob mit oder ohne Absicht mag dahingestellt bleiben — ausgehalten und kommt nicht in dem im Allgemeininteresse liegenden Ausmaße zur Auswirkung. Die Verkennung richtet das dringende Gräuben an die Herren Unternehmer, sich zu bestimmen, sich die unvermeidlichen Folgen ihres als volkswirtschaftlichen Unsug zu bezeichnenden Beginns vor Augen zu führen und erwartet, dass sie zu der Erkenntnis sich durchringen werden, dass ihr Eintragen in die Volkserziehung — volkswirtschaftlich wie sozialpolitisch berücksichtigt — in Ergebnissen sich auswirken muss, die im Interesse des Wirtschaftsfriedens und eines gebliebenen Wiederaufbaus der Wirtschaft besser hinteren gehalten werden. Die Versammlung beauftragt den Vorstand des Vereins für Handel und Gewerbe, der Industrie diese Einschätzung zur Kenntnis zu bringen, sie unter Hinweis auf die mittelständisch-föderale Tendenz der Belegschaftsversorgung zu Verhandlungen in der Sache aufzufordern und erwartet, dass im Verhandlungswere es dahin kommt, dass die Industrie nach dem Grundsatz „Jedem das Seine“ dem wirtschaftlichen Mittelstand beiläuft was ihm gehört.

In der sich anschließenden Aussprache wurde zunächst der Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass obige Einschätzung auch der Direktion des bessigen Laubhammers vertheilt und dabei darauf hingewiesen werde, dass der Kleinhandel in Niea und Umgebung auch durch die Aussage des Laubhammers-Notaides stark in Anspruch genommen worden sei und dass der Kleinhandel auch für das Laubhammerswerk eine Notwendigkeit bedeute. — Danach wurde darauf hingewiesen, dass man auch durch Errichtung einer Verkaufsstelle bei der bessigen Eisenbahnverwaltung dem Kleinhandel sehr stark in den Rücken fallen sei. — Schließlich wurde noch die Versorgung der Kleinhandel und Gewerbe infolge Mangels an Zahlungsmitteln ungewisse Schwierigkeiten bereitet. Man sei also bald dazu übergegangen, Rohstoffe auszugeben, die man notgedrungen habe annehmen müssen. Die Industrie habe mit diesem Notstand eine Menge Geld verdient, während Handel und Gewerbe durch die hohen Einstellungsbezüge der Banken für auswärtige Rohstoffe nicht unbedeckt hätten erhalten müssen. Dieses System habe der Kleinhandel nicht mehr ertragen können. Die Warenbeschaffung sei immer schwieriger geworden, da bei der Zahlung wertbeständige Zahlungsmittel hätten beschafft werden sollen. Die Rentenmark sei lange nicht zur Einführung gekommen und die Lieferungszeit sei die schwierigste Zeit für Handel und Gewerbe gewesen. Viele Projekte, die infolge Zahlungsmöglichkeiten abhängig gemacht worden seien, somit eben und ganz drakonische Strafen seien bereits verbürgt worden. Nur wenige Beträger seien in der Lage gewesen, wertbeständige Zahlungsmittel zu beschaffen; wer keine brachte, habe weniger Ware bekommen. Die Industrie sei bemüht gewesen, ihre Preise zweckentsprechend anzuheben, sie habe ihre bisher zurückhaltenden Preise dazu verwendet, für ihre Arbeiter und Angestellten Lebensmittel zu beschaffen. Man habe zwar seinerzeit verfügt, dass diese Einrichtungen keine dauernden sein sollen, heute aber erstrebe die Industrie immer mehr, sich zu einer Organisation für Belegschaftsversorgung auszubreiten. Ein Hand von mehreren Beispielen schilderte Redner, wie viele Waren anstelle von Barlösen ausgegeben worden seien; man habe dadurch, da die Waren wieder verkauft werden konnten, dem heimlichen Handel Vorwürfe geleistet. Dadurch, da durch die Belegschaftsversorgung nur einem gewissen Teil der Bevölkerung Lebensmittel zugestellt wurden, sei begreiflicherweise berechtigte Erbitterung und Erregung entstanden. Die Industrie habe die Wicht gebaut, sich mit Handel und Gewerbe zu verständigen, um einen gangbaren Weg zu schaffen. Die Industrie habe vorgegeben, den Preisabbau fordern zu wollen, er sei aber durch die Einführung der Belegschaftsversorgung aufzuhalten worden, denn Angestot und Nachfrage regeln den Wertebetrag. Es sei und bleibt aber auch Tatsache, dass sich die Industrie auf einen Weg begeben habe, der sie bedrohte. Redner bezeichnete es als ein Umding, das unter den obwaltenden Umständen der Lebensmittelhandel auf Friedenspreis gestellt werden könne. Der Kleinhandel habe Opfer über Opfer gebracht; der Lebensmittelkleinhandel könnte nicht aufbauen, wenn der Großhandel und die Industrie verlagern. Es seien aber Schritte bei den Handelskammern unternommen worden, um aufklärend zu wirken. Es sei zwar schwer, einen Krieg vorzuschieben, es dürfe aber nicht verfehlt werden, mit der Industrie zu verhandeln. Auch Kleinhandel und Gewerbe hätten das Recht, ihre Existenzmöglichkeit zu fordern. Die Tatsachen hätten gezeigt, dass die Industrie für den Kleinhandel eine Konkurrenz sei und es könne der Industrie nicht daran gelegen sein, die Existenz des Kleinhandels und Gewerbes zu zerstören. Durch mancherlei aufklärende Beispiele feinmechanische der Vorwiegende die Stellungnahme manch auswärtiger Industrieinternat zum Nachteil des Kleinhandels. Auch von der Abteilung Niea der Linke-Hofmann-Laudhammer A.-G. sei eine Verkaufsstelle für die Belegschaft eingerichtet worden. Die Frage, ob die Notwendigkeit für eine solche Einrichtung in dieser Stadt besteht, müsse er (Redner) verneinen. Die Einrichtung nütze dem Betrieb und der Belegschaft nicht. Man sollte sich mit der Direktion des Werkes ins Vernehmen legen mit dem Hinweise, dass sie weder der Belegschaft noch der Allgemeinheit diene. Schon aus steuerlicher Sicht könne niemandem daran liegen, dass Erwerbsquellen verliegen. — Der Vortragende verlas nunmehr folgende Entschließung, die von der Versammlung einstimmig aufgegeben wurde:

* Das sächsische Versionabbauabgesetz. Am Dienstag wurde in gemeinsamer Sitzung des Reichs- schusses und des Haushaltsausschusses II des Landtages die Regierungsvorlage über den Versionabbau verabschiedet, so dass die Vorlage nun dem Landtag für die Abstimmung am Donnerstag zur abweiten Befreiung zugänglich ist. Die Vorlage hat in der Ausführungsberatung eine Reihe von Abänderungen erfahren. So ist zum Beispiel die Einführungssperre nur bis zum 31. März festgelegt, während sie nach der Vorlage bis zum gleichen Termin des Jahres 1927 vorzusehen war. Beschluss wurde ferner, dass auch die Staatsabteilung II von der Abbaupflicht ausgenommen werden sollen. Ein deutscher nationaler Antrag, in die Aussnahme auch die Staats- forstverwaltung einzubeziehen, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag von der Seite, die wissenschaftlichen Wissen- ten an den Hochschulen von dem Abbau frei zu lassen, weil sich die Regierung dagegen erklärte. Die Bestim- mung der Vorlage, nach der bis zum 1. April dieses Jahres Befreiungen nicht vorgenommen werden dürfen, ist gestrichen worden. Dagegen wurde neu eingefügt die Errichtung eines Schiedsgerichtsinstanz, die aus sechs Mitgliedern bestehen soll und zwar aus dem Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts oder einem Mitglied desselben, sowie aus vier vom Gesamtministerium zu ernennenden Mitgliedern, von denen zwei auf Vorschlag der Organisation des jeweiligen beteiligten Beamten gestellt werden sollen. Auf deutscher nationaler Antrag hin wurde hierzu noch beschlossen, dass auch für den Abbau in den Gemeindeverwaltungen ein entsprechendes Schiedsgericht eingesetzt wird. Zur Frage des Abbaus in der Schule berührte die Regierung, dass hier kein schematischer Abbau erfolgen, sondern dass ernechte Rücknahme auf die jeweiligen schulischen Interessen angeordnet werde. Der eigentliche Abbau werde auch erst mit dem Beginn des neuen Schuljahrs erfolgen.

* Zur Krise in der sächsischen Sozialdemokratie. Der ehemalige Minister Schwarze, der sich jetzt der linken Gruppe der sozialdemokratischen Band- logiestration angegeschlossen hat, behandelte in einem Artikel in der „Dresdner Volkszeitung“ seine Stellung zur großen Koalition und bemerkte u. a.: „Ich persönlich werde nach wie vor meiner Ansicht dahingehend Ausdruck geben, dass Koalitionsfragen keine grundsätzlichen, sondern taktische Fragen sind. Im Grunde zu politisch und wahrscheinlich auch der Mehrheit meiner ehemaligen Fraktionstreuen halte ich das Parteierte mit den Kommunisten im vorigen Jahre falsch, und das nicht erst seit heute, sondern von vornherein. Mit Kommunisten vom Schlag eines Böttcher ist keine Politik zu machen, war niemals Politik zu machen. Die Gewerberatswahlen haben gelehrt, dass jede Partei zerstört wird, der es an innerer Geschlossenheit fehlt. Das Meinungen und Bild in einer Partei bilden, ist das Schlimmste noch nicht. Schlimm wird die Sache erst, wenn der Meinungskampf, wie bei uns in Sachsen, einziger und alleiniger Tagessordnungspunkt eines Landesparteitages wird, und faktisch muss der Meinungskampf wirken, wenn die eine Richtung in der Partei erklärt, dass sie auf auch mit gewaltiger Mehrheit gefasste Beschlüsse steht. Durchaus möglich wäre es gewesen, eine große Anzahl von Delegierten des Parteitages von der Notwendigkeit einer Koalition mit Bürgerlichen zu überzeugen, hätte der Parteitag selbst die Entscheidung gehabt und wäre er nicht vor vollendete Fäden geknüpft worden. Die jetzt bestehenden Bestimmungen über die Rechte der Fraktion halte ich für falsch. Man droht zum Bruch, sagt aber uns, dass mit die Sündigen seien. Hier hilft nur eine Bandagenauslösung. Selbst auch auf die Gefahr hin, dass wir mit erheblich verminderter Mandaten in den Landtag zurückkehren. Wir sind 26 Mandate im Landtag lieber, als 40, wenn hinter den 25 eine geschlossene Partei steht.“ Schwarze sagt dann, dass auch er die Beschlüsse des letzten Parteitages nicht für das Allergünstigste erachtet, aber er warnt die Gewerkschaften, mit dem Neuer zu spielen und den Kampf anzutreten. Wer da glaubt, dass absolut nichts fügen zu können, sollte die Konsequenzen ziehen, ein organisiertes Aufstehen und Aufstehen gegen Landesparteitage sei jedoch ein Verbrechen am Proletariat.

* Neuordnung des Wirtschaftslebens. Während die auf dem sächsischen Arbeitsmarkt Anfang Dezember vorigen Jahres eingetretene leichte Besserung bereits Mitte Dezember zum Stillstand gekommen war und in den folgenden Wochen sogar eine Verschlechterung erfahren hatte, waren in der Berichtswoche vom 18.—19. Januar 1924 wieder Anzeichen für eine Aufwärtsentwicklung zu erkennen, was insbesondere in einer regeren Vermittlungstätigkeit der Arbeitsbeschaffung zum Ausdruck kam, und zwar wurden nicht nur Facharbeiter angefordert, sondern auch für ungeübte Arbeitskräfte boten sich größere Unterbringungsmöglichkeiten. Über auch noch Provinztreisenden, Vertretern, Agenten usw. bestand hervorwürdige Nachfrage, welche ebenfalls auf eine beginnende Neuordnung des Wirtschaftslebens schließen lässt. Nach wie vor gilt zu bezeichnen ist die Lage in der Textilindustrie, in welcher sogar stellenweise die Nachfrage nach Facharbeitern das Angebot übersteigt. Eine weitere leichte Besserung war in der Weber-, Sägarren- und Glühwarenindustrie, sowie im Holz- und Schuhflossengewerbe zu verzeichnen, aber auch in der chemischen Industrie, im Bekleidungsgewerbe und im Gast- und Schantzwirtschaftsgewerbe war ein Aufstieg festzustellen. Schantzwirtschaft setzte sich die Lage in der Zellstoff- und Papier-, sowie in der Metallindustrie. Ungünstig im allgemeinen blieb die Lage im Bergbau und in der Industrie der Steine und Erdern, in welcher insbesondere stellenweise die Glasindustrie weiterhin Arbeitskräfte abzieht und in der Gruppe für häusliche Dienste, in welcher sich in der Hauptstadt nur für Aufwartungen Unterbringungsmöglichkeiten boten, sowie für laufmännische und Büroangestellte.

* Aus dem Landtage. Der Haushaltsausschuss II beschäftigte sich in seiner Sitzung am Mittwoch mit einer Reihe von Eingaben, u. a. mit denen des Rektors und Senats der Technischen Hochschule in Dresden und der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig, die Belehrung von Professoren betreffend. Nach eingehenden Darlegungen des Rektors-Einschlags ist der Haushaltssatzung Dr. Böhmer folgende Erklärung des jetzt verhinderten Arbeitgebers eingefügt: „Die verhinderte Verkürzung des jetzt verhinderten Arbeitszeitlimits und nicht zuletzt die durch diese schroffe Arbeitgeber-Einstellung ausgelöste politischen Werungen. Wie erwartet vom Reichsarbeitssministerium, dass es sich unbedingt allen Verlusten widersteht, das vorläufig noch unentbehrliche amtliche Schlichtungsweisen zu beizutragen. Von den politischen Parteien erwartet es, dass Verhandlungen für die überaus lästigen Folgen dieser kürzlichen Arbeitgeber-Taktik.“ An die deutschen Raumungsgebietsrichten richten wir einen Appell, sich in diesem Kampf um die Rechte geschlossen hinter den Deutschen Nationalen Handlungsgebiets-Verband zu stellen.

* Pünktliche Zahlung der Abstandshälfte. Dem Ministerium des Innern sind wiederholte Klagen vorgetragen worden, dass Gemeinden ihren Arbeitnehmern und Beamten-Dienstleistern die Verpflichtungen gebührend stark verkürzt oder verzögert auszahlt. Das Ministerium kennt die finanziellen Nöte, in denen die Gemeinden sich zur Zeit befinden, durchaus. Es hört es aber, abgesehen von dem Rechtsanspruch, den diese Personen in genau der gleichen Weise haben wie die Beamten, auch für eine ganz selbstverständliche Verpflichtung der Gemeinden, dass sie ihre alten Beamten und deren Dienstleistungen nicht hinter die im Dienste befindlichen Beamten zurückziehen, dass sie ihnen vielmehr durch tunlichst pünktliche und vollständige Zahlung der Beiträge die wirtschaftliche Not erleichtern helfen, in der viele dieser Leute sich befinden.“

* Postanweisungen nach Österreich. Von 1. Februar an sind gewöhnliche und telegraphische Postanweisungen nach Österreich wieder zugelassen. Ausstellung in österreichischen Kronen. Wechselkurs 10 Millionen Kronen.

* **Woden.** Am Montag bei Herrn H. Giebel fand am 18. Januar nachmittags ein Obduktionsprotokoll mit praktischer Unterweisung durch den Obduktionsbeamten der Amtsgerichtsmannschaft statt. Es wurde behauptet, die Sammelpflege, der Baum- und Weinschutt. Die Teilnahme war sehr gut.

* **Dresden.** Von der Kriminalpolizei wurden vier erwerbstätige Burschen und eine Brauensperson wegen Betriebswidrigkeiten festgenommen. Es sind diejenigen Personen, die in letzter Zeit in dießen Geschäften waren, lautest und diese mit österreichischen 1000 oder 100 Kronennoten bezahlten und die deren Kurs höchstwahrscheinlich auf der Hand einer Beleidigung nach dem Stand der Tischkostenrechnungen angingen.

* **Woden.** Am Montag sind in den diesigen Tafelglassfabriken die Tafelglasarbeiter ausgesetzt worden.

* **Delitzsch.** Die Gemeinden Delitzsch und Quenz haben den Antrag auf Stadtteilsteilung gestellt. Der Bezirkstaatsrat Stollberg hat diesen Antrag genehmigt. Die neue Stadt würde gegen 30.000 Einwohner zählen.

* **Dörfchenmühle.** Am Sonntag gegen Abend fand ein Friedhofshäuschen auf dem Dörfchenmühler Weg in der Nähe des Höllentunnels die Feuer des vor drei Wochen verstorbenen Fräuleins Schlesinger aus Dörfchenmühle. Die Bedauernswerte hat auf dem Rückweg von Zwickau den durch hohe Verzweigungen ganz unangenehm gewählten Weg über die Höhe gewählt, hat sich vor Erreichung auf den Berggrund gesetzt und ist erstickt. Das Täufchen hat die Gestalt weder fröhlig, noch entzückend, und so entdeckte sie der Häuscher, der in dieser Zeit schon einstmal denselben Weg gehabt hat.

* **Gräfenhainichen.** Die Landesversicherungsanstalt Brandenburg für Arbeitsschutz kann Anfang März, d. J., auf die 100-jährige Bestehen zurückblicken. Auf Beschlussung des Ministeriums des Innern hat Chefdirектор Hesse-Bartsch nach dem erträlichen Entschluss die grundlegenden Veränderungen in der Anstalt getroffen. Neu geschaffen wurde eine wissenschaftliche Beobachtungsstation, bestehend aus einer männlichen und einer weiblichen Abteilung, unter Leitung des Biologikers Prof. Medizinalrats Dr. Gottschalk. Erneut wurde ihm als wissenschaftlicher Beobachter Antonius Hantusch. Die vorhandenen Abteilungen, das Hauptgebäude, das Kinder-, das Kuratorium und das Mädchenhaus werden unter die lebendige Leitung von drei Erziehungs-Inspectoren gestellt.

* **Plauen.** In der gestrigen ersten Stadtverordnetenversammlung wurde der seitherige Vorstand Oberamtmüller Dr. Otto mit 47 von 57 Stimmen wiederum zum Vorstand gewählt. Als erster Vertreter wurde der Stadtverordnete Paul (Deutschvölkisch) und als zweiter der Stadtverordnete Schubert (Soz.) gewählt.

* **Leipzig.** In einer Rauschwarenuntersuchung in P.-Lindenau erkannte sich wie die "P. R." bestimmt, ein bedauerlicher Unfallfall. Eine 16-jährige Arbeiterin stürzte auf der Treppe ihrer Arbeitsstätte ihren Haarschutz in den Spültrichter. Der Haarschutz fiel. Erst beim das Mädchen zu dem Keller seinen Eingang hatte, begab es sich doch dorthin, um den Haarschutz zu holen. Die junge Arbeiterin stach unter einer Bank hindurch, die ein Souterrain abwärts, in dem sich die Bäder der Fabrik sammeln, und stürzte in dieses hinein. Das Souterrain wird von Zeit zu Zeit gespült, um die sich ansammelnden Dämpfe abziehen zu lassen. Bis an die Hüften verbrüht wurde das Mädchen herausgesogen und mit einem Tragewagen sofort nach dem Diakonissenhaus gebracht. Obgleich die Verleugnung schwer ist, besteht doch die Möglichkeit, dass ungünstige Wäschereien am Leben zu erhalten. Soviel bis jetzt ermittelt, scheint ein verschuldet Dritter nicht vorzuliegen.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 24. Januar 1924.

Eine Unterredung mit Mr. Schwull.

* **Berlin.** Ein Vertreter des "Berliner Lokalangestellten" hatte mit Mr. Schwull eine Unterredung, in der dieser unter anderem erklärte: Meine Mission in Deutschland ist die, als Denner Deutschlands mit an Ort und Stelle ein Urteil über die wahre Wirtschaftslage Deutschlands zu bilden und dieses Urteil der Reparationskommission zu unterbreiten. Deutschland liegt bei der Kommission, was die Amerikaner betrifft, in den besten Händen. Das sind alles „siehe seine Reise“, die sachlich und objektiv zu urteilen vermögen.

Die "Duisburger Volkszeitung" verboten.

* **Duisburg.** Die "Duisburger Volkszeitung" ist von der Bezirksbehörde auf 8 Tage verboten worden.

Meierei nationalsozialistische Führer verhaftet.

* **München.** Wie die "M. R. R." melden, wurden mehrere Führer der nationalsozialistischen Partei in Nürnberg während der letzten Tage in Gewahrsam genommen und nach Landsberg überführt. Es handelt sich um den früheren Hauptlehrer Streicher, den Lehramtskandidaten Weiß und den Major a. D. von Böck.

Doppelmord in Schwabach.

* **Schwabach.** In der Bahnhofstraße wurde der sedige Arbeiter Künz aus Nürnberg von einem aus Greising kommenden Dauferer durch Messerstich tödlich verletzt. Beide hatten zuvor mit einander gesprochen. Am Morgen des gestrigen Vormittags war in einer Sandgrube an der Stadtgrenze von Schwabach die Tochter der 28-jährigen Arbeiterin Obermeier aus Nürnberg mit Stichwunden aufgefunden worden. Obermeier soll die Gesichter des erstochenem Künz gewesen und gleichfalls dem Dauferer erstochen worden sein, weil sie ihm gehörten markt getötet habe.

Der russische Botschafter in Berlin

über die deutsch-russischen Beziehungen.

* **Rom.** Der russische Botschafter in Berlin äußerte sich zu einem Vertreter der "Tribuna" über die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Er benannte sich als ausschreibendes Organ der Botschaft Russlands. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit sei ein Lebensinteresse für beide Länder. Seit der Geneser Konferenz seien in dieser Richtung rasche Fortschritte zu verzeichnen. Eine Fortsetzung dieser Entwicklung sei zu erwarten.

Eindruck in die deutsche Botschaft im Vatikan.

* **Rom.** An der Nacht zum 20. Januar versuchten Diebe in die Räume der deutschen Botschaft beim Vatikan einzudringen. Dieser Einbruchversuch hatte offenbar keine politische Bedeutung.

Der Berliner Aufenthalt

des zweiten Sachverständigenausschusses.

* **Paris.** Der von McKeown geleitete zweite Sachverständigenausschuss hat gestern beschlossen, gleichfalls nach Berlin zu reisen. Die nächste Sitzung dieses Ausschusses soll am 7. Februar in Berlin stattfinden.

Vor einer belgischen Regierungskrise?

* **Paris.** Nach Blättermeldungen aus Brüssel wird infolge der durch die Opposition der Mehrheit der Deutschen und des gesamten sozialistischen Unterrichts gegen die französisch-belgische Wirtschaftskonvention gelassene Voge in den Handelsräumen der Kammer allgemein angenommen, daß mit einer Regierungskrise zu rechnen sei.

Macdonald und das Schuldenproblem.

* **Paris.** In den Pariser diplomatischen Kreisen schreibt man allgemein damit, daß der erste Schritt Macdonalds auf dem Gebiete der Außenpolitik in einer Erklärung über das interalliierte Schuldenproblem stehen wird.

Germischtes.

* **Ein schwerer Eisenbahnausfall** ereignete sich im Würzburger Hauptbahnhof. Ein mit 20 Gefangenen besetzter Gefangenentransportwagen stieß während der Umstellung des Würzburger Personenzuges auf den Anhänger Verionenzug mit einer Gangabstaltung zusammen. Dabei wurden 15 Gefangene verletzt, davon einer schwer. Die Schubführer und der den Transport besetzende Gefangeneverwaltung kamen mit leichten Prellungen davon. Ein Personenzugwagen ist vollkommen zerstört, der Gefangenentransportwagen sehr erheblich beschädigt. Aus den Schubabstellen konnten die Gefangenen nur mit großer Mühe aus ihrer gefährlichen Lage befreit werden. Sie waren durch den Zusammenstoß förmlich eingeklemmt worden.

* **Amerika's geheimnisvolles Haus.** Als das "geheimnisvolle Haus" in ganz Amerika wird von New Yorker Bürgern der "Palast der Geister" bezeichnet, der sich an San José in Kalifornien befindet. Dieses gemalte Gebäude ist seit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden, und damit ist der größte Teil der mysteriösen Geheimnisse aufgedeckt, die so lange dieses phantastische Geheimhaus umschwirbten. Es ist ein riesiger Palast von 144 großen Gemächern, der in einem Raum von 38 Jahren von einer verstorbene Millionärin, Mrs. Sarah L. Winchester, gebaut wurde. Sie wohnte die ganze Zeit in diesem noch nicht fertigen Gebäude, wurde aber mit dem Bau niemals fertig, weil die Geister es anders bestimmten". Mrs. Winchester, die vom Angenommen, daß sie sich in dem Hause ansiedele, mit Geistern im Verkehr stand, wurde von diesen daran unterrichtet, daß sie so lange nicht sterben würde, als an dem Palast weiter gebaut würde. Da sie eine reiche Frau war und es sich leisten konnte, so baute sie an dem zunächst nur auf zehn Zimmer berechneten Gebäude immer weiter, und als sie vor einigen Monaten starb, war der riesige "Palast der Geister" daraus geworden. Der Bau enthält 144 große Zimmer. Über 2000 Fenster und 10000 Fensterläden. Durch 28 Jahre haben hier jeden Wochentag 10 Männer, Zimmerleute und andere Handwerker gearbeitet, und was sie geleistet haben, heißt sich nun in diesem weitläufigen Bau dar. Einige der Zimmer sind sehr rohe Säle, die phantastisch ausgestattet sind. So ist z. B. der Kriegerkiosk ein Meisterwerk in Silber und Gold, das mit Tausenden von Edelsteinen ausgestattet ist, die bei volter Beleuchtung in allen Farben des Regenbogens aufliegen. Vertreter der östlichen Wissenschaften sind der Ansicht, daß dieser erschrockliche Palast von Geistern bewohnt wird und daß sich nirgendwo bessere Gelegenheit bietet, um durch die Vermittlung von Mediumen mit den Toten Kontakt zu halten. Derartige Versuche sind bereits zahlreich vorgenommen worden. In einem Raum, an dem bei ihrem Verbleiben niemand ist, tritt auf, verfehlte Mrs. Winchester täglich mit ihrem verstorbenen Gatten.

* **Die Singeschule des Kanarienvogels.** Wohl werden manche Autoren Kanarienvögel noch der Schönheit ihres Gesanges bewirkt, ob die Röte, die beiden Söhne unter ihnen werden nur nach den Geschichten ihres Gesanges geschätzt. Das Gefieder zählt dabei nicht mit, und die höchsten Preise bringen Vogel, die sich durch die Reinheit und Kraft ihres Gesanges zu erkennen eignen. Ein solcher "Schulmeister" nimmt in der Singeschule des Kanarienvogels dieselbe Stellung ein wie ein Lehrer in der Schule. Kanarienvogelzüchter sichern sich jedoch einen Virtuosen der Gesangs Kunst, und er singt nun seinen Sänglingen unermüdlich die reinsten und wältesten Töne vor, die diese dann nachahmen und immer besser, selbst hervorbringen. Das kleine Gebräu und der hohe Mittelpunkt der Kanarienvogel macht sie zu geübten Sängern, und sie lernen am besten von anderen Vögeln. Bei der Beurteilung ihres Gesanges wird ein ganzes System von Kriterien angewendet, das sehr viel komplizierter ist, als das in unseren Schulen. Es gibt 14 Röte, deren mühselige Herbringung den Sänger eine Höchstzahl von Punkten beim Wettkampf einträgt. Genauso gibt es zahlreiche Fehler, bei denen die Vogel schlechte Nummern erhalten. Ein Sänger, der gute "Sängel" nennt, erhält den Vogel 5 Punkte auf der Gewinnliste; ist aber das Tremolo zu hoch, dann werden ihm 6 Punkte abgezogen. Manche Töne, die die Kanarienvogel hervorbringen, sind von erlesensteinem Wohlklang und finden sich nur noch ähnlich im Geläut der Nachklang. Für diese Töne erhält der Vogel, dessen Gesang beurteilt wird, 8 Punkte, und diese tollenden, glänzenden Noten bilden die Grundlage der besten Gesangsergebnisse der Kanarienvogel. Selbsterwunderlich klingt das sog. "Wassergründen", wenn es ein Kanarienkünstler hervorbringt. Der welche, schmelzende Ton ist hauptsächlich geschickt, und in früherer Zeit hatte man in der Singeschule der Kanarienvogel, eine kleine Wasserorgel, die diese melodischen Tonfolgen hervorbrachte und die Sänger zur Nachahmung anregte. Heute vertritt die Stelle der Wasserorgel der Schulmeister, ein vollendet ausgebildeter Vogel, der den anderen das reine und schmelzende Singen beibringt.

* **Die Wiedereinführung des Kachelofens.** Die großen Massenwohnungen, die vor dem Krieg in den Großstädten so zahlreich entstanden, waren möglichst einfache und praktisch eingerichtet, jedoch eine Wohnung so auszuführen, wie die andere. Da man die Räume nach Größen ausnutzte, so wurden die Heizkörper möglichst unauffällig angebracht. Die Zentralheizung verlegte an die Wände, wo sie vielfach noch mit Holz verkleidet wurden, und wenn man doch Ofen aufstellte, so wurden kleine eiserne Rahmenöfen oder Füllöfen bevorzugt. Heute, wo die Zentralheizung vielfach unterschlagen, im neuen geworden ist und man andererseits nicht mehr jeden Raum auszunützen braucht, schlägt wieder die Stunde des Kachelofens. Allerdings nicht in der hohen dießelben unformlichen Gestalt, in der dieser Ofen sich im Zimmer breit machte. Wenn man bat erkannt, daß der große Ofen durchaus kein besonders guter Heizkörper ist. Über der modernen kleineren Kachelofen heißtigt Vorzüglich, wie sie keine andere Heizform gewährt. Diese Errichtung des Kachelofens behobt Willi Reichstadt in einem Aufsatz der Schweizerischen Monatschrift "Das Werk". "Vor allen Neuerung auf allen Gebieten der Heizungstechnik", schreibt er, "hat sich im Welt die Verbesserung wohl erhalten, daß der Kachelofen die Wärme lange speichert und langsam abgibt, daß er also der angenehme Wärmelebender geblieben ist. Diese Überlegungen brachten den alten Kachelofen allgemein wieder zu Ehren, und es kam dazu, daß entweder alte Ofen kopiert oder umgestaltet wurden oder aber, daß dem Raumkünstler die dankbare Aufgabe zuwarf, Neues in überliefertem oder neuem Sinne zu schaffen. Das Kachelofenhandwerk und die Ofenbauer erhielten einen neuen Aufschwung, die neuen Aufgaben luden zu höchster technischer Vollendung." So entsteht allmählich eine neue Blütezeit der Kachelherstellung, bei der besonders die Schmelzofen bestellt und mit opaler Glasur bedekt ist, bei der Glanz als Haupteigenschaft.

* **Kaubüllerfall im Westen Berlins.** Einen schweren Raubüberfall verübte vorgestern abend ein ehemaliger russischer Offizier Boris Baslin, ein junger Mann, der sich angeblich zu Studienzwecken in Berlin aufhielt, auf den 64 Jahre alten Buchhändler Bruno Wirth aus der Greifenhagener Straße 18, in dessen Laden in der Kantstraße 24. Wirth hat viele Jahre als Deutscher in Russland gelebt und betreibt jetzt im Berliner Russenviertel | eine ruhige Buchhandlung. Hier beschäftigte er zeitweise Baslin als Expedienten. In der letzten Zeit ist Baslin der ein sehr stillen Leben geführt, das er soll, diese Tätigkeit vorübergehend ein. Voriger Abend erschien er kurz vor Schluss des Geschäftes wieder einmal und bat, bei der deutschen Sprache nicht ganz mächtig. Wirth, für ihn ein Fremdsprach zu betreiben. Beide gingen dann an den Apparat hinter den Ladenstuhl. Als der alte Mann sich anstieß, der Blitte seines Gehilfen zu entziehen, verließte ihm dieser mit einem harten Gegenstand mehrere Schläge auf den Kopf, so daß Wirth bewußtlos zusammenbroch. Baslin ließte dann sein Messer in ein Blumenbeet neben dem Laden, räubte ihm die Brieftasche mit 500 Dollar, löste die Beleuchtung und verschwand mit der Beute. Der Überfall kostete ihn über 5000 Pfund gegen die Gebeine der Polizei. Baslin ist noch nicht ergreift.

* **Die Mission des Wagen Peter.** Eine merkwürdige Persönlichkeit ist als Vertreter der Britischen Reichsausstellung, die in diesem Jahre eröffnet wird, in New York angekündigt und von den Bürgern mit späten langen Aufzügen begrüßt worden. Es ist Peter der Wagen, ein wenig Leiner 14-jähriger Junge, der in seiner Buchstabe Pagentrich an der Eingangsfürte des Londoner Olympia-Dienstes zu tun pflegt. Dieser wunderliche Vertreter hat sich die Internationale Anzeigen-Gesellschaft aufgesucht, um ihn mit Gründen von der Britischen Reichsausstellung an den Präsidenten zu senden. Gern William Peter Wiles — dies der volle Name des Wagen, der in fingergrößen Buchstaben überall auf Plakaten zu lesen ist — hat mit großem Wurm seine Reisefahrt angekündigt, und seine ebenso niedlich wie unbekanntno Persönlichkeit wurde von London mit 5000 Pfund gegen die Gebeine der amerikanischen Fleisch verachtet. Peter wird vom Präsidenten Willems empfangen werden und ihm angetragen, dem Präsidenten eine Botschaft von Harold Vernon überreichen, dem Präsidenten des Internationalen Anzeigenverbands, der seine erste Sitzung in der Reichsausstellung halten wird und dazu Amerika feierlich einlädt.

* **Baslin als Expedienten.** In der letzten Zeit ist Baslin der ein sehr stillen Leben geführt, das er soll, diese Tätigkeit vorübergehend ein. Voriger Abend erschien er kurz vor Schluss des Geschäftes wieder einmal und bat, bei der deutschen Sprache nicht ganz mächtig. Wirth, für ihn ein Fremdsprach zu betreiben. Beide gingen dann an den Apparat hinter den Ladenstuhl. Als der alte Mann sich anstieß, der Blitte seines Gehilfen zu entziehen, verließte ihm dieser mit einem harten Gegenstand mehrere Schläge auf den Kopf, so daß Wirth bewußtlos zusammenbroch. Baslin ließte dann sein Messer in ein Blumenbeet neben dem Laden, räubte ihm die Brieftasche mit 500 Dollar, löste die Beleuchtung und verschwand mit der Beute. Der Überfall kostete ihn über 5000 Pfund gegen die Gebeine der Polizei. Baslin ist noch nicht ergreift.

* **Die Mission des Wagen Peter.** Eine merkwürdige Persönlichkeit ist als Vertreter der Britischen Reichsausstellung, die in diesem Jahre eröffnet wird, in New York angekündigt und von den Bürgern mit späten langen Aufzügen begrüßt worden. Es ist Peter der Wagen, ein wenig Leiner 14-jähriger Junge, der in seiner Buchstabe Pagentrich an der Eingangsfürte des Londoner Olympia-Dienstes zu tun pflegt. Dieser wunderliche Vertreter hat sich die Internationale Anzeigen-Gesellschaft aufgesucht, um ihn mit Gründen von der Britischen Reichsausstellung an den Präsidenten zu senden. Gern William Peter Wiles — dies der volle Name des Wagen, der in fingergrößen Buchstaben überall auf Plakaten zu lesen ist — hat mit großem Wurm seine Reisefahrt angekündigt, und seine ebenso niedlich wie unbekanntno Persönlichkeit wurde von London mit 5000 Pfund gegen die Gebeine der amerikanischen Fleisch verachtet. Peter wird vom Präsidenten Willems empfangen werden und ihm angetragen, dem Präsidenten eine Botschaft von Harold Vernon überreichen, dem Präsidenten des Internationalen Anzeigenverbands, der seine erste Sitzung in der Reichsausstellung halten wird und dazu Amerika feierlich einlädt.

Neue südafrikanische Sitten.

* **Über eine eigenartige neue religiöse Bewegung.** Die in dem südafrikanischen Gebiet von Kimberley ausgebrochen ist, unterrichtet eine Mitteilung in den "British Missionsberichten": „In der Nähe von Kimberley in Transvaal“ erzählte ein deutscher Missionar, „ist eine Prophetin erstanden, eine Hexe, die jeden Sonntag auf dem Hauptplatzpredigt: „Sie durst in keine Kirche gehen, die in Verbindung mit Weißen steht. Es werden schwere Zeiten mit viel Krieg und Blutergieben kommen, aber los von den Weißen!“ Dahin läuft alles. Macuino sagt mir, daß an manchen Sonntagen seine Kirche fast leer sei, da die Leute zu den Propheten gingen. In der Nähe von Queenstown haben sich die „Staelen“ etabliert, Schwarze aus allerlei Volk, die da lehren, sie seien das ausgewählte Volk Israels. Das Land (Südafrika) sei ihr heiliges Kanaan, sie seien solange in der ägyptischen Gesellschaft (unter den Weißen) gehalten. Jetzt wollen sie ihr heiliges Land von den Kanaanitern erobern. Ihr Prophet heißt Elias. Sie halten den Sabbat (Samstag), jagen sich das Haupt sah und haben allerlei wunderliche Gebräuche. Ihre Abzweigungen durchziehen das Land, um Propaganda zu machen. Wer zu ihnen kommt, den lassen sie nicht wieder aus ihrem Bereich. Sie leben auf Regierungsländen, respektieren aber keinen Regierungsvorsteher. Selbst die Polizei muß ihre hier liegende Station verlassen und abziehen. Bis jetzt zieht die Regierung ihnen Treiben tapferlos zu.“

Bolzswirtschaftliches.

* **Die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Verbrauchssteuern im Monat Dezember 1923.** Böle und Verbrauchssteuern 116 Millionen Goldmark, in der Zeit vom 1. April bis Ende Dezember zusammen mit 131,6 Millionen M. Die Einnahmen der Staatskasse machen allein davon 87 bzw. 42,7 Millionen M. aus, die Umlaufsteuer 50,5 bzw. 51,7 Millionen M., die Vermögenssteuer 16,4 bzw. 22,9 Millionen M. aus, die Klein-Auto-Umsatz- und die anderen ehemaligen Steuern (z. B. die außerordentliche Umsatz von Betrieben) 160 bzw. 167,8 Millionen M. Böle und Verbrauchssteuern erbrachten 29 bzw. 30 Millionen M., die sonstigen Abgaben 6,9 bzw. 6,5 Millionen M. Im ganzen steht sich die Einnahme auf 312 bzw. 345 Millionen M. Der Umgang der Zwangsrente fällt fast gar nicht ins Gewicht.

* **Die Reichsbank für die Lebensmittelwirtschaften (Gebäck, Wohnung, Kleidung, Beleuchtung und Bekleidung)** befürchtet sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 21. Januar, auf das 1,08 Billionen-Mark der Vorjahreszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,11 Billionen) ist demnach eine Abnahme von 2,7 v. H. zu verzeichnen.

* **Die Großhandelsrichtszahl.** Die auf den 22. Januar 1923 erzielte Großhandelsrichtszahl des Statistischen Reichsamts ergibt gegenüber dem Stande vom 1. (1923) einen Rückgang um 3,4 v. H. auf 115,7, der durch ein weiteres Nachlassen der Nahrungsmittelpreise bewirkt wurde. Von den Hauptgruppen sinken die Lebensmittel von 106,9 um 5,9 v. H. auf 100,6, davon die Gruppe Get

Rußland nach dem Tode Lenins.

Der Tod Lenins ist für die russische Regierung und für das russische Volk heute weniger ein politischer als ein seelischer Verlust. Man darf den Nachrichten aus Rußland vollen Glauben schenken, in denen davon gesprochen wird, daß das Czarland als erschütternde Katastrophe empfunden wird und daß die Trauer allgemein ist. Lenins Persönlichkeit, seine Energie, seine entschieden russische Politik, die von weiten Kreisen als national empfunden wurde, hat ihm auch sympathische Gefühlsmomente bei dem Kommunismus abgenommen. Gruppen geschlossen. Aber mit seinem Ausscheiden aus der Politik wurde nicht nur seit einem Jahre gerechnet, innerhalb dieses Jahres hat sich der Ablauf der russischen Verwaltung und der russischen Politik nach innen und außen bereits so vollzogen, als ob Lenin nicht mehr unter den Lebenden welle.

Das ist von Bedeutung für die Beurteilung des Folgergebnisses des Todes Lenins. Schon steht in das Schlagwort geprägt worden: Wir arbeiten weiter und führen das "Erbe Lenins" durch. Unter Vermögens Lenins versteht man in diesem Falle die Weiterführung der inneren und äußeren Politik nach den Richtlinien, die ihm Lenin vor dem Attentat, das ihm den geistigen Tod bereitete, gegeben hat. Sie sind in der letzten Zeit Gegenstand direkt lebenswichtiger Diskussionen innerhalb der kommunistischen Partei Rußlands gewesen. Sozialrechte Beurteiler, die allerdings Rußland nur aus den Presseanträgen kennen oder deren Verbindung mit Land und Leuten längere Zeit zurückliegt, haben auf Grund der Verteilungskritiken mit einem Berfall oder wenigstens mit einer Spaltung der kommunistischen Partei Rußlands gerechnet.

Derartige Überlegungen sind ungemein abwegig. Russen diskutieren gern ergiebig und mit einem für west-europäische Verhältnisse unvorstellbaren Temperament, auch in der Form. Die Diskussionen innerhalb der kommunistischen Partei tragen in dieser Beziehung ohne Zweifel extrem russisches Gepräge. Allein die Parteidiskussionen gerade in der kommunistischen Partei sind immer leidenschaftlich bewegt gewesen, aber noch stets hat sich die erregte Opposition den Mehrheitsbeschlüssen unter strengster Wahrung der Disziplin gefügt. Der Rätekongress ist durch den Tod Lenins um ein oder zwei Tage unterbrochen worden. Aber aus den bisher dort beendeten programmativen Sitzungen geht mit außerordentlicher Klarheit hervor, daß die Opposition eben jetzt keine irgendwie weitreichenden Momente gegen die russische Politik, namentlich gegen die neue Wirtschaftspolitik vorbringen will. Der Monarch der Moskauer Sowjets hat die alten Richtlinien des Exekutivkomites der kommunistischen Partei bereits mit der übermächtigen Mehrheit von 325 gegen 61 Stimmen angenommen. Die Opposition wird am Schlusse des Rätekongresses verhältnismäßig noch mehr zusammengehen, da bei diesem die Stimmabstimmung überwiegt, die der Executive unbedingt treue Gefolgschaft leistet. Konkret gesprochen muß also damit gerechnet werden, daß die russische Wirtschaftspolitik, die im Verlauf der Diskussionen am stärksten umstritten war, auf der alten Linie weitergeführt werden wird. Das Außenhandelsmonopol wird beibehalten werden. Die Staatsindustrie wird nach Erweiterung streben, der Handel wird in verstärktem Maße in die Hand der Grossunternehmen gelegt werden. Das Privatkapital bekommt dennoch — durch die Bildung gemischter Industrie- und Handelsorganisationen — ebenfalls im folgenden Maße Betätigungsmöglichkeit, gebunden allerdings an staatliche oder halbstaatliche Organisationen, die sich bewußt mit dem Privatkapital nur einlassen, um seine bestechende Kraft eigenen Zielen nutzbar zu machen.

Bu dem Vermögen Lenins gehört dann vor allen Dingen der Zusammenschluß der Arbeiterschaft und der Bauernschaft. Lenin selbst hat für diesen Zusammenschluß das Schlagwort Smitskiwa gefunden. Es bedeutet die enge Verflechtung der beiden Volksgruppen, ähnlich dem Einandergreifen der Appellierung bei Eisenbahnwagen. Die lebte grobe propagandistische Tat Lenins für diesen Zusammenschluß war die allrussische Landwirtschaftsausstellung, die in erster Linie eben ein Mittel der inneren Propaganda ist. Man hat im letzten Sommer über 600000 Bauern, selbst aus den entferntesten Gebieten, durch diese Ausstellung geführt. Man wird sie im Verlauf der nächsten zehn Jahren erweitern und wiederholen und in diesem Zeitraum wenigstens zehn Millionen Bauern mit der Ausstellung, die ein gezieltes Spiegelbild des gesamten russischen Lebens ist, bekannt machen. Während ihres Moskauer Aufenthalts sind die meisten der ländlichen Besucher Gäste der Arbeiter. Das Experiment des letzten Sommers hat erwiesen, daß ein Zusammenschluß der Arbeiterschaft und der Bauernschaft in weitgehendem Grade auf diesem Wege zu erreichen ist. Die Sowjetregierung will damit planmäßig der einzigen Gefahr ausweichen, die sie hinsichtlich des Bestandes der kommunistisch geführten Regierung wirklich ernst nimmt, der Umgestaltung der kommunistischen Regierung Rußlands in eine Bauerndemokratie.

Nach außen wird die russische Regierung in Übereinkunft mit den Richtlinien der kommunistischen Partei und vor allem einem Kerngedanken Lenins eine aussprechende Friedenspolitik fortsetzen. Es gilt als Axiom innerhalb der russischen Regierung, dem Land einen Frieden von wenigstens zehn Jahren zu sichern und während dieser Zeit die wirtschaftliche Aufrüstung Rußlands durch keine kriegerische Entwicklung höheren Stils aufzulösen. Dazu gehört allerdings die energetische Verbesserung der täglichen Ausrüstung der Roten Armee, auch der Flotte und insbesondere der Luftflotte, die unter den Luftflotten der europäischen Mächte am raschesten an Zahl und Qualität verbessert wird.

Innenhalb der deutschen Presse begreift man zuweilen der Hoffnung, daß nach dem Tode Lenins, mit dem ja schon lange gerechnet wurde, eine deutsch-russische Richtung innerhalb der russischen Regierung — vielleicht durch Namenlos als Nachfolger Lenins in der Präsidentschaft des Zentralsekretariates — die Oberhand gewinnen könnte. Dazu ist auf Grund der seltsamen Kenntnis von Land und Leuten zu sagen, daß die Haltung Rußlands zu Deutschland überhaupt nicht durch sentimentale Erwägungen weder in positiver noch in negativer Hinsicht bestimmt beeinflußt wird. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland wird bestimmt durch die Tatsache, das Deutschland Rußlands wichtigster Abnehmer für Getreide ist und durch die andere Tatsache, daß nebenbei 90 Prozent der russischen Industrie alte deutsche Maschinen führen, auf die die Arbeiterschaft eingearbeitet ist, und die man also in verbesserten Formen zur Erweiterung der Betriebe am zweckmäßigsten von Deutschland bezieht. Diese Tatsachen würden selbst deutsch-russische Politiker im praktischen Wahlbestimmungssinn Rechnung tragen, wobei darauf hingewiesen sei, daß tatsächlich Anzeichen für eine ausgeprochene Antipathie gegen Deutschland bei keiner der russischen führenden Persönlichkeiten jemals in Erwähnung getreten sind. Auch nach dem Tode Lenins wird Rußland enge wirtschaftliche und politische Bindung mit Deutschland suchen. Fr. L.

Die Nachfolger Lenins.

K. u. B. Bis zur Wahl des Nachfolgers werden Rotsch und Romanow die Geschäfte des Reiches im Interesse der Volkskommissare weiter führen. Romanow hat einen Befehl des revolutionären Kriegsrates an die Rote Armee und Flotte unterzeichnet, in dem diese aufgefordert werden, mit noch größerer Kraft auf ihrem Posten als Vertreiber der Erwerbungen der großen Erwerbungskampagne zu stehen. Der Tod Lenins hat unter den Massen große Unterstützung hervorgerufen. In den Arbeitervierteln spielen sich außerordentliche Trauermessen ab. In den Straßen Moskaus finden ständig große Goldmarktagessammlungen statt, in denen der Trauer um Lenin Ausdruck gegeben wird.

Zu Lenin's Tod.

K. u. B. Verwaltungsgebäude in Berlin unter den Linden und das Handelsministerium in der Lindenstraße, tragen aus Ausdruck des Ablebens von Lenin die mächtigen roten Sowjetabzeichen auf Goldmark. Auf der russischen Botschaft wird voraussichtlich am Sonnabend, dem Tage der Beisetzung, eine größere Trauermesse stattfinden, an der die Berliner diplomatischen Vertreter der Staaten, die zu Rußland in offiziellen Beziehungen stehen, und Vertreter der deutschen Reichsregierung teilnehmen werden. Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Manhau, wird an den Moskauer Trauermessen teilnehmen und der Sowjetregierung das Beileid der Reichsregierung übermitteln.

Die Teilnahme der deutschen Regierung.

Unabhängig des Ablebens von Lenin hat der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherr v. Moltke, dem Berliner Botschafter der Union der S. S. R. die Teilnahme der deutschen Regierung zum Ausdruck gebracht. Außerdem ist der deutsche Botschafter in Moskau beauftragt worden, das Beileid des Reichspräsidenten und der Reichsregierung dem Vorsitzenden des Zentralverwaltungsausschusses des Bundes der S. S. R., Kalinin, und das Beileid des Reichsministers Dr. Stresemann sowie des Staatssekretärs von Rathenau dem Botschafter für Auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, auszudrücken.

K. u. B. Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Manhau, wird an den Feierlichkeiten anlässlich der Beisetzung Lenins in Moskau teilnehmen. Auf der Berliner russischen Botschaft wird voraussichtlich am Sonnabend eine größere Trauermesse veranstaltet.

Die französische Presse zum Tode Lenins.

K. u. B. Humanité erscheint anlässlich des Todes von Lenin schwärz umrundert. Das kommunistische Blatt widmet dem Diktator einen beweagten Nachruf. Die bürgerliche Presse äußert sich zurückhaltender und hält im allgemeinen ungünstige Urteile über Lenin.

Die Streitlage im Kreisfelder Bezirk.

K. u. B. Die Kölnische Zeitung berichtet, daß sich infolge des Terrors einer kleinen Minderheit die gesamte Belegschaft der Stahlwerke Böker A.-G. in Würth des Kreisfeld im Ausland befindet und die Werke durch Streiknoten fast abgesperrt hat. In Kreisfeld ist die Streitlage unverändert. Die Gewerkschaften Buskahl- und Eisenwerke, Abteilung Hagen, Buskahlwerke, haben den Betrieb bis auf weiteres geschlossen; die gesamte Belegschaft wurde entlassen mit der Begründung, daß die Belegschaft ohne rechtlichen Grund die Arbeit niedergelegt habe und nicht mehr zur Arbeit erschienen sei.

Zum englischen Eisenbahnerstreik.

K. u. B. London. Der Meinungsabstand zwischen Bromley, dem Sekretär des Heizer- und Lokomotivüberverbandes, und den Direktoren der Eisenbahngesellschaft dauert fort. Bromley hat den Direktoren mitgeteilt, daß er bereit sei, über die Beendigung des Streikes in Verhandlungen einzutreten. Die Direktoren erwidern, daß sie nichts dagegen hätten, unter der Voraussetzung jedoch, daß die Entscheidung des Lohnamtes aufrecht erhalten bleibt.

Notversorgung Berlins.

K. u. B. Zur Bildung der Notversorgung Berlin kommt b. H. wird von zukünftigen Zielen mitgeteilt: Die Notversorgung Berlins soll den Schichten der Bevölkerung helfen, die trotz Preisrückgangs den Bedarf für das tägliche Leben nicht decken können. Die Selbstmorde aus Hunger, die Sterblichkeit der Kinder und des Alters und der Ernährungszustand der Schulkinder sprechen eine durchbare Sprache. Die Polizei hält für etwa 80000 Menschen und werden der Not nicht Herr. Der Militärbesitzer freibt deshalb an, Stadt und Land zu gemeinsamer Hilfe zu vereinigen ohne Rücksicht auf politische Erwägungen. In erster Linie soll den Polizeiämtern der Einkauf billigerer Lebensmittel ermöglicht, sobald denen geboten werden, die auf das Kochen in eigener Küche angewiesen sind und das Nötigste nicht kaufen können. Es ist geplant, die Verkaufsstellen in Stadtteilen einzurichten, wo die Bedürftigkeit am größten ist. Erzielte Ueberfließung sind nach dem Gesellschaftsvertrag restlos für die Volksschen und Krankenhäuser in Berlin bestimmt. Eine Großorganisation zur Versorgung der Bevölkerung Berlins wird nicht geschaffen, die Schädigung des Handels durch allzu billiges Angebot ist nicht geplant. Die Stadt Berlin hat keine Geldmittel dafür anzuwenden, trotzdem das Unternehmen nur für ihre Bevölkerung eingerichtet wird. Erforderlich ist lediglich die Übernahme einer Bürgschaft für 500000 Goldmark, ein Kilo der Stadt dabei ist durch genügende Garantien des Unternehmens so gut wie ausgeschlossen. Es steht zu hoffen, daß der Plan zum Wohle der Notversorgung verwirklicht wird und nicht an unbegründeten Interessenwidersprüchen scheitert.

Die Zustände im österreichischen Bundesheere.

K. u. B. Wien. Der in den Ruhestand versetzte Generalinspektor des österreichischen Bundesheeres Generalmajor Körner hat den Mitgliedern des Heeresausschusses im Nationalrat eine Denkschrift zugehen lassen, die sich als kritische Kritik der Zustände im Bundesheere darstellt. In dieser vom sozialdemokratischen Abgeordneten Deitrich im Heeresausschuß verfassten Denkschrift erklärt General Körner einleitend: Als Amtsleiter des Bundesministeriums für Heereswesen habe ich sehr viele Versuche getrieben, gegen den Sinn des Heeresgesetzes zu handeln und das Bundesheer zum "Verlassen" zu bringen, ja sogar Versuche, die Auflösung des Bundesheeres durch ausländische Einflüsse zu fördern. Was nun in der letzten Zeit mit dem Bundesheere geschieht, ist die Verwirrung dieser Versuchsvielfalte. Von Generalkommissar Dr. Simmermann wirksam unterstützt, wird die Auflösung des Heereswesens allmählich erwartungen werden. Die ständigen finanziellen Dröselungen müssen nach und nach eine Verkürzung des Standes des Bundesheeres, eine vollkommen organische Veränderung erzwingen, welche militärisch die Auflösung des 30000 Mann starken Heeres der Republik überhaupt bedeutet.

Die Goldmarkausgabe.

Derne Erwähnung nach dem günstigen Verlauf der vorher Besprechungen schon in nächster Zeit zu erwarten ist, soll ein Kapital von einer Milliarde Goldmark haben, deren größter Teil von ausländischen Finanzgruppen bereitgestellt wird. Es wird erwogen, den Sitz der Bank ins neutrale Ausland zu verlegen, um ihre volle Unabhängigkeit zu wahren. Der Verwaltungsrat wird sich aus Alliierten, Neutralen und deutschen Persönlichkeiten zusammensetzen. Die Buchführung wird auf Goldmarkbasis eingerichtet. Die Bank wird Papiergeld in Goldwert ausgeben, aber an ihren Schaltern auch Papiermark zum Tauschdorf eingeschlagen. Die Diskontierung von Staatspapieren wird grundsätzlich abgeschafft. Die machtbewegenden Finanzkreise von London und Amsterdam haben bereits der neuen Bank die notwendige finanzielle Unterstützung ausgesetzt. Bei dem günstigen Fortgang der Vorbereitungen für die deutsche Goldnotenbank wird angenommen, daß die Preise auf Goldnotenbank nunmehr vollständig hinfallen werden.

Vor dem Rücktritt des japanischen Kaisers.

Wie aus Tokio mitgeteilt wird, hat sich die gefährliche Sitzung des japanischen Reichstages in einer drückenden Atmosphäre abgespielt. Der Premierminister sowie der sonstige Kabinettsmitglieder verlasen ihre Reden im mittleren Schweigen. Man rechnet in japanischen parlamentarischen Kreisen damit, daß das heutige Ministerium kurz nach dem 28. Januar, d. h. nach der Vermählung des Prinzen, durch ein Misstrauenvotum zum Rücktritt gezwungen werden wird.

Der Kampf um das Volksbegehren in Bayern.

K. u. B. München. Am Dienstagnachmittag des 22. Januar wandten sich in der allgemeinen Ausbreite über das von der bayerischen Volkspartei eingeleitete Volksbegehren verschiedene Redner der anderen Parteien gegen die Vornahme des Belehrers in der letzten Zeit, da damit nur eine neue Aufpeitschung der Feindschaften herbeiführt würde. Die sozialistischen Redner befürworten, daß das Volksbegehren mit den einzelnen Paragraphen der Verfassung nicht zu vereinbaren sei. Von den Rednern der bayerischen Volkspartei wurde betont, daß nur durch einen Anfall an das Volk eine Erneuerung der innerpolitischen Verhältnisse in Bayern erreicht werden könne.

Die Aufstandsbegehung auf den Philippinen.

New York. Nach Meldungen aus Manila hat sich die Lage auf den Philippinen erheblich verschärft. Man meldet, daß Tausende von Anhängern im öffenen Aufstand gegen die Regierung berissen seien. Das amerikanische Kommandoboot Sacramento kreuzt auf der Höhe der Insel Mindanao, um im Notfall den Regierungstruppen zu Hilfe zu kommen.

Tagesgeschichte.

K. u. B. Von Land und gegen die Rentenmark. Der brandenburgische Landtag nahm gestern in einer Vertreterversammlung eine Entschließung an, in der ein grundlegender Wandel in der Kreispolitik der Reichsbank mit der Rentenmark gefordert wird. Darin heißt es, die Rentenmark, die ihre wesentliche Bedeutung in der hypothekarischen Belastung landwirtschaftlichen Grundvermögens finde, sei gegenwärtig ein Instrument, das die Landwirtschaft in ihrer Existenz ernsthaft bedroht. Man hat regierungssseitig die Rentenmark dazu benutzt, die Eintritt großer Mengen ausländischer Gewerbetreibender zu ermöglichen, um den heimischen Markt und die inländischen Gewerbetreibenden in geradezu produktionsfördernder Weise zu drücken. Der Landtag fordert schließlich direkte Aufhebung der Rentenmarkfreiheit an die landwirtschaftlichen Kreditinstitute und verstärkte Kreditzusage an die Düngeleinfahrer Landwirte.

K. u. B. Streitdrang der deutschen Parteien und Ababerts. Vertreter des Verbands der internationalen Parteidirektoren wurden gestern bei der Berliner Hauptsteuerdirektion vorstellig, um gegen die geplante Heraufsetzung der Lustbarfeuer auf 50 Prozent zu protestieren. Sie erklärten, bei einer Fortsetzung dieser Steuerpolitik bei der Verbandsbürokratie ermächtigt, sofort die Schließung sämtlicher Parteis und Ababerts in ganz Deutschland zu verfügen. Die Unternehmer fanden sich mit Widerstand, Büroräumen, Zigaretten, Zigarren, Lustbarfeuersteuern, Eintrittsteuern, Tanzsteuern, Hotelsteuern, Gewerbesteuern, Eintrittsteuern, Umlaufsteuern, Grundsteuern und anderen Abgaben schwer genug belastet. Eine Erhöhung der Lustbarfeuersteuern auf 50 Prozent würde für das Gewerbe unerträglich sein und mit der Schließung der Betriebe beantwortet werden.

K. u. B. Der Ort des Hitler-Prozesses noch nicht bestimmt. Im Verfassungsgerichtsamt des Landtags teilte der Vertreter der Lustbarfeuer auf verschiedene Anfragen wegen der Durchführung des Hitler-Prozesses mit, daß die Entscheidung darüber, ob die Haftverhandlung in München oder an einem anderen Ort abzuhalten werden soll, in den Händen des Vorsitzenden des Volksgerichts liege. Die Verhandlung könne auch außerhalb Münchens stattfinden. Eine Entscheidung sei noch nicht getroffen worden. Die Haftverhandlung würde es begründen, wenn die Haftverhandlung in München abgehalten werden würde. Die Staatsregierung habe die nötigen Machtmittel in Händen, um die Prozeß in München durchzuführen.

K. u. B. Der Riederaufbau auf Skandal. Der Partei-Quotienten schreibt in einem Leitartikel, daß in Nordfrankreich zu Wiederaufbau zweiten 20 Milliarden Frank bisher auf unerklärliche Weise verschwendet worden sind.

K. u. B. Minister Hermann aus der Haft entlassen. Die Verteidiger des thüringischen Ministers Hermann beantragten gestern seine Haftentlassung. Der Untersuchungsrichter hielt Verdunkelungsgefahr und Fluchtverdacht nicht mehr für vorliegend. Der zuständige Staatsanwalt stellte sich auf denselben Standpunkt. Daraufhin wurde der Haftbeamte ohne Stellung einer Kavution aufgehoben und Hermann entlassen.

K. u. B. Eine auffallend regende Bezeichnungsaffäre in Amerika. Der frühere Staatssekretär Taft, der zum Kabinett Harding gehörte, wird beschuldigt, daß er von der Petroleumgesellschaft Sinclair umfangreiche Belohnungen angenommen habe. In der Angelegenheit ist Roosevelt, ein Sohn des verstorbenen Präsidenten Roosevelt, vernommen worden. Nach seiner Vernehmung hat Roosevelt als Vizepräsident dieser Gesellschaft keine Demission abgelegt. Die ganze Angelegenheit erregt in amerikanischen Gesellschafts- und Geschäftskreisen ungewöhnliches Aufsehen.

K. u. B. Fordfall des Sterling. Die Frankfurter Zeitung berichtet aus London, die Londoner Börse reagiert auf den Reichenwechsel und den Streit mit einem Fordfall des Sterling auf aktuelle 420 Dollar. Standard behauptet, die Bewegung sei verschoben durch finanzielle Verläufe. In der City wird von einer Erhöhung

der Wahlen gestrichen, obwohl man erwartet, dass das mit wenig gefährdet, sondern man notwendigerweise wieder vernünftig werden will.

Die preußischen Gemeindewahlen im Mai. Der Gemeindeauschuss des preußischen Landtags beriet über den Vortrag Herrn Dr. Töpke betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Wahltages für die allgemeinen Gemeindewahlen und über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeinderechts (Wahlrechtsgesetz). Im Dezember hatte das Plenum des Landtags bereits beschlossen, dass die Gemeindewahlen spätestens am 4. Mai 1924 stattfinden sollen. Auf Antrag der Deutschen Nationalen beschloss der Ausschuss gegen Sozialdemokraten und Demokraten, dass auch die Wahlen in der Stadtgemeinde Berlin einschließlich der Bezirksämter und die Wahlen für die unbefohlenen Magistratsmitglieder und Bezirksamtsmitglieder am gleichen Tage vorgenommen werden sollen. Damit fällt die bisherige Ausnahmestellung der Stadt Berlin fort.

Frankreich soll seine Schulden bezahlen. Auf einer Versammlung der britischen Handelskammer in Birmingham wurde gestern einstimmig eine Resolution des Londoner Delegierten Staates Nachir angenommen, wonach die britische Regierung aufgefordert wird, gezielte Maßnahmen zu einer Einstellung der britischen Schuldforderungen gegen Frankreich und Italien zu ergreifen.

Die Entscheidung über das polnische Waffenarsenal in Danzig. Der Sachverständigenausschuss ist trotz einer Entscheidung des Völkerbundes, der über die Anlage eines polnischen Waffenarsenals in Danzig zu entscheiden haben wird, gestern in Danzig gebildet worden. Es setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Borg, Dänemark, Director des Hafens von Kopenhagen, Merweil, Mitglied der Schwedischen Akademie, General Faure, Frankreich, und Admiral Smith, England. Die Sachverständigen werden Ende Januar sich nach Danzig begeben und den Völkerbundrat am 1. Februar einen Bericht unterbreiten.

Neues Schmiedurteil. Nach zweitägiger Verhandlung vor dem Kriegsgericht in Elsen gegen 8 französische Beamten wegen angeblicher Sabotage wurden von den Angeklagten zwei Freisprüche. Die übrigen erhielten wegen Sachbeschädigung 1 bzw. 2 Jahre Gefängnis. Ein schwefelender erhielt 5 Jahre Zuchthaus.

Rücksicht des Gemeinschaftsrats nach Bochum. Das Gemeinschaftsrat, das bei Beginn der Belebung des Ruhrgebietes seine wichtigsten Büro nach Münster verlegt hatte, ist nunmehr nach Bochum zurückverlegt worden.

Die Vertrauensfrage in der französischen Kammer am Freitag. Die Kammer wird nicht heute, sondern am Freitag die Ausprache über die neuen Finanzmaßnahmen der Regierung eröffnen. Es kommt immer mehr der Eindruck auf, dass die Opposition gegen die Finanzprojekte des Kabinetts ständig im Anmarsch begriffen ist. Die Regierung wird die Vertrauensfrage stellen. Man behauptet in diplomatischen Kreisen, dass die Stellung der Regierung durch die Abstimmung nicht erschüttert wird.

Stahlgroß Schwab bei Dr. Stresemann. Der amerikanische Stahlgroß Schwab ist gestern vormittag vom Reichsaußenminister Dr. Stresemann zu einer Besprechung empfangen worden.

Die Auseinandersetzung von Groß-Berlin hat beendet, den Kampf gegen die Krankenfassen abzubrechen.

Auf Hesselvörde.

Roman von Fritz Ganter.

18. Fortsetzung. Nachdruck verboren.

Renate fuhr zurück. Sie verstand Edith plötzlich. Ihre Erregung bezeugend sagte sie: „Sprich nicht so töricht, Edith! Ich bitte dich in aller Herzlichkeit. Das verlegt mich.“

Edith war still geworden. Sie sprang auf, ging zum Fenster und zog den Vorhang zur Seite. Ein heller Lichtstrahl fiel in das Zimmer. Sein klares Band spannte die Rosen in Renates Hand in Gold. Edith bemerkte sie. Ihre Augen saugten sich an ihnen fest.

„Rosen?“ fragte sie, mit dem Finger darauf zeigend und näher kommend.

„Woher hast du diese Rosen? Diese wunderbaren Rosen?“

Renate sagte es.

„So? ... Herr von Brandt? ... Nun siehst du, ich hatte doch vorhin ...“

Sie brach ab und ging mit halbgeschlossenen Augen im Zimmer hin und her. Ganz grau und alt sah ihr Gesicht aus.

Renate empfand inniges Mitfleid mit ihr. Sie legte die Arme um Ediths Schultern, um mit ihr zusammen auf und abzugehen. . . .

„Herr von Brandt hätte doch nur einen Art von Ritterlichkeit, als er mir die Rosen überreichte. Es sollte ein Willkommen sein. ... Und sicher hat er es bei deinem Untreffen ebenso gemacht. . . .“

Edith schüttelte den Kopf. „Nein. In einer Vase standen wohl Rosen. Dort ... Aber mir selbst hat er keine gegeben.“

„Nun ja, das ist ja auch schließlich nebensächlich, in welcher Weise man Courtoisie bezeugt. Jedenfalls bin ich nicht bevorzugt. . . .“

„Doch,“ sagte Edith bitter. „Du bist von ihm persönlich abgeholt worden. Du hast neben ihm gesessen. . . . und . . .“

Wieder begann das Schluchzen. Konvulsivisch rann es über ihre Füße.

„Wie ein Kind,“ dachte Renate. „Wie ein törichtes Kind. . . . Oder spielte doch eine törichte Eigensucht die Hauptrolle?“

Der Gedanke berührte Renate so peinlich, dass sie über ihn errötete. Wenn es so war, wie durfte Edith dann diesem Gefühl Raum geben?

„Edith,“ sagte sie ernst, „riefst du mich deshalb, um mir unbedeutliche Vorwürfe zu machen? Ich bin gern getommen. Ich habe deinen Wunsch sofort erfüllt, und nun erregst du dich und mich um Dinge, die besser unerörtert bleiben. Was kann ich dafür, dass Herr von Brandt mich persönlich abholte, während ich neben ihm saß? Wenn mein Hiersein möglich sein soll, mußt du mir versprechen, törichten Gefühlen keinen Raum in dir zu geben! Kannst du das nicht? So Jahre ich am besten sofort wieder ab.“

Edith blieb hart stehen. Ihre Augen ruhten groß und angstvoll auf Renates entschlossenem Gesicht. „Wie wieder abfahren wolltest du?“

„Ja, gewiss, sofort, wenn du mir nicht das gewünschte Verkünden alibi.“

Die Elektrizitätsversorgung der staatlichen Werke und die Tarife

Unter dem Vorsitz des Herrn Direktor Sonntag, Union-Werke, Radebeul, fand am Dienstag im Logenbau in Dresden eine Versammlung der Mitglieder der Ortsgruppe Dresden und der benachbarten Ortsgruppen des Verbandes Sachsischer Industrieller statt, in der der beratende Ingenieur, Herr Dr. Liebe, einen Vortrag über den staatlichen Strombezirk unter Berücksichtigung der neuen Tarife hielt. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet hatte, wies Herr Dr. Mehnert von der Geschäftsführung des Verbandes Sachsischer Industrieller darauf hin, dass die zahllosen Klagen, die in letzter Zeit von der Industrie über die Höhe der Strompreise geführt worden sind, ein einheitliches Vorgehen der Industrie notwendig machen und dass der Vortrag des Herrn Dr. Liebe sie die bevorstehenden Verhandlungen mit den staatlichen Elektrizitätswerken wertvolle Unterlagen dienen könne. — Herr Dr. Liebe gab in seinem Vortrag zunächst Erläuterungen über das charakteristische der Stromtarifversorgung über die Haushaltungsgrundlagen für die Leistungskosten und für die hieraus resultierende Tarifbildung und ging dann näher auf die in letzter Zeit vom Staat geforderte Strompreiserhöhung ein: Die Tarif erhöhung des Staates bediente eine sehr erhebliche Erhöhung des Strompreises und führt zum Teil zu einer Verknappung der Tarife. Die Strompreise, die sich aus den Kohlenpreisen und Löhnen erheben auf Grund festcr Verhältniszahlen hierzu, sind aber in Goldmark bereits gestiegen infolge der vor einigen Monaten eingetreteten starken Erhöhung der Kohlenpreise, sodass die darüber hinaus noch geforderte teilweise Verdopplung der Verhältniszahlen nicht verhältnismäßig erscheint und zu unerträglich hohen Strompreisen führt, welche die Wirkungskraft um das Mehrfache übersteigen. Besonders deutlich werde von den in einer Schicht arbeitenden Arbeitnehmern die ausköstliche Anwendung des Marginalprinzips mit den hohen Leistungskosten empfunden, aber besonders auch bei den großen Papierfabrik. u. weiche einen außerordentlichen Kraftbedarf haben, und bei denen daher die Eigenproduktion ebenfalls in sehr großen wirtschaftlich arbeitenden Maschinenanlagen geliefert würde, habe sich infolge der leichten Stromerhöhung die Überzeugung festgestellt, der Strombezirk aus den staatlichen Werken müsse bald wie möglich abgebaut und durch die billigere Eigenproduktion ersetzt werden, wenn die Konkurrenzschärfe nicht in Frage gestellt werden soll. Auf das schärfer zu verurteilen sei, dass die Strompreiserhöhung, die eben dadurch in ihrer Wirkung verdoppelt sei, dass neben der schon eingetreteten Erhöhung von Kohlenpreisen und Löhnen auch noch die Verhältniszahlen weit herausgelebt werden sollten, in einer Zeit gefordert werden sei, wo eine empfindliche Wirtschaftskrisis besteht. Die Wirtschaftskrisis beruhe ja nur auf der Konkurrenzschärfe, infolge der zu hohen Gestaltungskosten der Industrie. Gerade in dem Augenblick also, wo diese schwierigen Verhältnisse bestanden, wo die Arbeitslosigkeit von Woche zu Woche zunahme, und wo die Staatsbehörden selbst Preisaufbau auf der ganzen Linie forderten, habe es die staatliche Elektrizitätsverwaltung für richtig befunden, die gewaltigen und drastischen Preisheraufsetzungen zu fordern. Der Vortragende, der über die Gestaltungskosten bei der Stromerzeugung des Staates bestens unterrichtet ist, schlägt einen Bruttogewinn für das laufende Jahr auf weniger als 20 Millionen Goldmark, wovon Anlagenwerte von 50 Millionen Goldmark zu verzinsen sind. Wenn man auch ganz davon absieht, dass die in Betrieb befindlichen Anlagen nicht Hilfe von Papiermarktfesten erhalten werden, so bliebe doch ein großer

Wertgewinn übrig, dieser Wert sei die staatliche Förderung mit damit zu erklären, dass die Mittelbeschaffung für die weiteren Bauten, die inszwischen schwierig geworden sind, aus dem Betrieb der schon in Gang gesetzten Anlagenkreise herau genommen werden sollte und zwar in einer Zeit, auch nur an die geringfügigsten Vergütungen und Abschreibungen ihrer Anlagen denken könne.

In der Diskussion betonten die Herren von der Direktion der staatlichen Elektrizitätswerke, ihre Tarife nochmals nachzustimmen zu wollen und erklärten ihre Bereitschaft zu Verhandlungen mit dem Ziel einer anderen Weise der Festsetzung der Tarife, die beide Teile befriedigt.

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 421050000000
(innerhalb)
Bernsprachmeldung, ohne Gewähr.

Wirtschaftszahlen für den 24. Januar 1924.

Goldmark (Berliner Briefzettel). 100250000000 Papiermark

Goldpreis 102500000000 Papiermark

Goldtauschpreis 840 Gold. p. kg

1 Riesenmarkstück 1926750000000 Mark

Goldumrechnungstab 400000000000

für Reichsbewerbe und Eisenbahntarif 1 Billion

Wechselrichtzahl 108000000000 (Rieseng. 27%)

Sächsische Gelantrichtzahl (mit Zelleitung) 111800000000 (Rieseng. 8,7%)

" (ohne ") 107000000000 (Rieseng. 8,9%)

Großhandelsrichtzahl 115700000000 (Rieseng. 8,4%)

Gegenwert des Goldmarken bei Auslandspostsendungen usw. 90000000000

Telegraphenpreis:

Postbrief im Fernverkehr 0,15 Goldmark

im Fernverkehr bis 100 km 0,30-1,25 Goldmark

zusammen mit dem Sackaufschlag für Reichsbewerbe

Telegraphenpreis: Postbrief im Fernverkehr 0,15 Goldmark

Postgebühr im Fernverkehr 0,075 Goldmark

zusammen mit dem Sackaufschlag für Reichsbewerbe

Posttarif: Postbrief 0,05 Goldmark

Ortsposttarife 0,03 Goldmark

Personen 0,10 Goldmark

Postkonsolidiert 0,20 Goldmark

nach Ungarn und Tschecho-Slowakei 0,25 Goldmark

nach Ungarn und Tschecho-Slowakei 0,20 Goldmark

nach Ungarn und Tschecho-Slowakei 0,15 Goldmark

Steuerabzug vom Arbeitslohn:

Vom Steuerabzug ist zu bleiben für volle Monate 50 Goldmark monatlich, für volle Wochen 12 Goldmark

wöchentlich für volle Arbeitsstunden 2 Goldmark täglich,

für längere Zeiträume 0,50 Goldmark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. Von dem den steuerlichen Lohnbetrag übersteigenden Teile des Arbeitslohnes sind bei jeder Lohnzahlung bei einem ledigen oder kinderlos verhältnissen Arbeitnehmer 10 v. H., bei einem verheirateten Arbeitnehmer ohne Kinder 9 v. H., mit einem Kinder 8 v. H., mit zwei Kindern 7 v. H. und für jedes weitere minderjährige Kind 1 v. H. weniger einzubehalten.

Renate besaß sie. An ihr war sie ohne Mühe zu beobachten. Ihr ganzes Wesen achtete sie. Tante Malve liebte junge Mädchen der Art. Dazu kamen Fröhlichkeit, Gelassenheit, Verständnis für wirtschaftliche Fragen und Interesse an ihren praktischen Erfahrungen. Und es sei nicht verschwiegen, dass Fräulein von Ebert eine Art heimliche Leidenschaft für schöne Menschen besaß. Und Renate war schön. Es war ganz klar: Tante Malve liebte Renate. Sie empfand für sie mit fast mütterlichen Regungen.

Nicht im Leben war sie jetzt über Joachim, obwohl sie ihn sonst so gut kannte. Er war häufig allein. Gern, wie es schien. Gern saß ihn das Haus. Er unternahm vielfach Spaziergänge auf das Feld, und war verschiedene Male in „dringenden“ Geschäftshandlungen abwesend. Meistens war er ernst, oft genug einsilbig, zerstreut. Die heitere Sache, zu scherzen, schien ihm völlig verloren gegangen zu sein. Wenn er einmal tat, war sein Scherz bisig. Was ward das mit ihm?

Er fragte es sich selbst oft, ohne eine ihn befriedigende Antwort zu finden. Das glückliche Bewußtsein, das ihn erfüllt, als er sich seines Gefühls zu Renate klar geworden war, wie gestorben. Verunsichert, verwirrt, obwohl das Gefühl als solches vorhanden war, ja, an Gesäßheit, an Stärke zugewonnen hatte. Aber es machte ihn nicht froh, es lärmte ihn traurig, ließ ihn trübe. Aber es einmal tat, war sein Scherz bisig. Was ward das mit ihm?

Er fragte es sich selbst oft, ohne eine ihn befriedigende Antwort zu finden. Das glückliche Bewußtsein, das ihn erfüllt, als er sich seines Gefühls zu Renate klar geworden war, wie gestorben. Verunsichert, verwirrt, obwohl das Gefühl als solches vorhanden war, ja, an Gesäßheit, an Stärke zugewonnen hatte. Aber es machte ihn nicht froh, es lärmte ihn traurig, ließ ihn trübe. Aber es einmal tat, war sein Scherz bisig. Was ward das mit ihm?

Renate beobachtete ihn oft heimlich. Sie empfand, dass er litt. Laßtene die alten Sorgen in verstärktem Maße auf ihm? Haften sie gar neue hinzugefügt? Sie wußte ja aus eigener Erfahrung, dass das Leben oft genug bitter war, schlug, stieß und trat. Dass man Rot hatte, es in vielen seiner Zusätzen zu meistern, um nicht von jenes Gesäßheit, an Stärke zugewonnen zu werden. Und es quoll oft heiß in ihr hoch, eine teilnahmvolle Frage an ihn zu richten. Aber sie wagte es nicht. Wie hätte sie dazu auch ein Recht gehabt!

Ordentlich erleichternd berührte es sie, wenngleich sie fast erschrak, als Tante Malve sie an einem Morgen über Joachims Bett in ein Gespräch zog. Er war schon vor Tau und Tod fortgeritten. Die beiden Damen saßen allein am Frühstückstisch. Edith schielte noch, wie sie das an der Bett hatte. Vor zehn erschien sie selten.

Tante Malve wunderte sich über das lange Ausbleiben ihres Neffen und war eigentlich in Sorge um ihn.

„Früher tat er das nie,“ sagte sie. „Seit einer Woche ist er wie verwandelt. Ich kann mir gar nicht denken, was ihn so verändert hat.“ Sie zauberte einen Augenblick und fragte dann: „Ist Ihnen noch nicht aufgefallen, dass er ein eigenartliches Wesen zur Schau trägt?“

Renate fühlte ein heftiges Schlagen ihres Herzens. „Ja,“ sagte sie dann unumwunden ehrlich. „Ich habe den Eindruck, als ob eine schwere Sorge auf Herrn von Brandt lastet.“

„Sehen Sie,“ erklärte sich die alte Dame, „dasselbe Empfinden habe ich.“ Sie zerbröckelte nervös den Rest eines Butterkuchens auf ihrem Gläserchen. „Hoffentlich handelt es sich nicht um neue Geldsorgen.“

Er schaute sie auf, als habe sie ein Geheimnis vor überreiften Ohren entdeckt. Eine kleine Nixe saß in ihr Gesicht. Dann gab sie sich einen Ruck. „Aber Sie werden das ja wohl schon längst wissen.“

Renate nickte. „Herr Burmann erwähnte es, als Herr von Brandt damals bei ihm gewesen war.“

Man war in Hesselvörde damit beschäftigt, sich kennen zu lernen, sich aufeinander einzustellen. Man sondierte, prüfte, verminte und folgerte. Man suchte psychologischen Rechnern. Warum war dies, warum jenes? Wo lag der Schlüssel, um hier eine Neuerung zu verstehen, dort einen Blick, eine Geste in den Gesichtern zu entziffern? Tante Malve glaubte sich in begug auf die beiden jungen Damente sehr bald orientiert. Edith war natürlich leidenschaftlich, Entweder Hyäne oder etwas Unheimliches. Das brachte Empfindlichkeit, Reizbarkeit, Eigensinn und Neigung zu überreitem und daher häufig ungern gerechtes Urteil mit sich. In guten Stunden mochte Tante Malve sie gern, wenngleich eine uneingeschränkte Anerkennung gegen sie immer in ihr vorhanden war. Sie vermittelte die warme, aufkommende Herzlichkeit an sie.